

Entwurf – nicht zitierfähig

Joachim Wiemeyer

Wirtschaftsethische Überlegungen zum kirchlichen Finanzwesen¹

Unter besonderer Berücksichtigung der kath. Kirche in Deutschland²

I. Einleitung

Vielfach begründen Personen, die sich für ein Theologiestudium bzw. eine Mitarbeit in einer Kirche entscheiden, ihre Berufswahl damit, dass sie mit privatwirtschaftlichen Unternehmen nichts zu tun haben wollen. Sie haben sich für die Seite von Nächstenliebe, Solidarität, Kooperation, Geistiges etc. entschieden, während auf der anderen Seite es um Egoismus, Konkurrenz, Materielles etc. geht. Unternehmen (vor allem börsennotierte) kommunizieren alle drei Monate ihre Absatzzahlen, Umsätze und Gewinne, ihre Produkte werden immer beliebiger, wenn Unternehmensteile verkauft und andere zugekauft werden; Hauptsache Aktienkurse und Gewinnerwartungen sowie die Boni des Managements stimmen. Bei gewinnorientierten Unternehmen gibt es häufig keine starke Identifikation mit den Produkten, auf deren Basis das Unternehmen ursprünglich gegründet wurde (Ausnahme Automobilindustrie).

Auf der anderen Seite stehen Kirchen, für die ihr Produkt zentral ist und dessen zentrale Elemente seit 2000 Jahren unwandelbar (Gott, Jesus Christus, sonntägliche Eucharistiefeier, Nächstenliebe) geblieben sind. Bei Kirchen spielen in deren öffentlicher Kommunikation monetäre Größen keine Rolle und es geht diesen um ganz andere Dimensionen (Lebenssinn, Beziehung zwischen Gott und den Mitmenschen). Dies erklärt, weshalb das eigene Finanzwesen von Kirchen von sich aus öffentlich kaum thematisiert wird. Das kirchliche Finanzwesen gerät nur vorübergehend aus konkreten Anlässen (Limburger Bischofshaus³, Vatikanbank, Bistum Eichstätt 2018) in die öffentlichen Schlagzeilen. Aus kirchlicher Sicht spricht für eine gewisse Intransparenz und Geheimhaltung, dass es viele geschichtlich Beispiele dafür gibt, dass kirchliches Vermögen enteignet wurde und Diktaturen eine Kontrolle kirchlicher Finanzen als Repressionsinstrument einsetzen. In solchen Fällen musste finanzielle Unterstützung von Schwesterkirchen aus dem Westen auch über informelle Kanäle laufen (z. B. BRD-DDR). Daher gilt eine gewisse Geheimhaltung und Intransparenz als legitim. Auch anderen Organisationen, z. B. Gewerkschaften weisen ihre finanziellen Mittel nicht offen aus, damit die Arbeitgeber aus der Höhe der Streikkasse keine Rückschlüsse auf ihre Kampffähigkeit schließen können.

In der Ökonomie wurden Kirchen als Randphänomen angesehen, so dass sich wenig Ökonomen⁴ mit kirchlichen Finanzen beschäftigt hatten, zumal die Datenlage relativ schlecht ist.

¹ Frühere Veröffentlichungen zur Thematik: Wiemeyer (1999), Wiemeyer (2007), Wiemeyer (2015), Wiemeyer (2017).

² Vgl. zur EV. Kirche: Begerich (2016).

³ Vgl. den Prüfungsbericht für den Vorsitzenden der Bischofskonferenz: http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2014/2014-050b-Abschlussbericht-Limburg.pdf (Zugriff 5.1.2017).

⁴ Vgl. in der deutschen VWL: Meuthen (1993), Rinderer (1989), Eilinghoff (2004). In den USA ist vor einigen Jahrzehnten eine Religionsökonomie entstanden, die ökonomische Ansätze umfassend auf religiöse Phänomene anwendet nicht nur auf die hier behandelte Frage kirchlicher Finanzen. Vgl. dazu Koch (2014), sowie den Übersichtsartikel Höhener / Schaltegger (2012). Vgl. zur Thematik aus BWL-Sicht: Leimkühler (2004)/Suerbaum de Nocker (2014).

Wenn man aber auf die Gründung der Kirche zurückgeht, wurde unmittelbar nach der Hinrichtung und Auferweckung Jesu in der Urgemeinde nach der Apostelgeschichte (Apg 4, 32-37) die finanzielle Situation angesprochen, weil die Mitglieder der neuen Gemeinschaft ihre Besitztümer veräußerten und in eine gemeinsame Kassenführung einbrachten. Dabei gab es sowohl Konflikte um die Mittelverteilung unter verschiedenen Gruppen in einer wachsenden Gemeinde (Apg 6, 1-6) als auch die fehlende Bereitschaft einiger Gemeindemitglieder ihr gesamtes Vermögen in die Gemeindekasse einzubringen (Apg 5,1-11), sodass Gott diesen Betrug mit dem Tod bestrafte und die Folge, dass auf Dauer finanzielle Notlagen auftraten, weil eher konsumiert (gebetet) als investiert und gearbeitet wurde. Paulus (2 Kor 8; 2 Kor 9) musste eine Kollekte für die Urgemeinde in Jerusalem organisieren. Während sich erste kirchliche Amtsträger (Paulus als Zeltmacher 1 Kor 9,12-15) noch selbst finanzierten und erste Versammlungen in Privathäusern der reicheren Gläubigen stattfanden, gab es bald erste hauptamtliche Mitarbeiter (Klerus), eigene Gebäude sowie eine Finanzverwaltung (z. B. zur Unterstützung armer Gemeindemitglieder). Daher ist „Wirtschaften“ ein unverzichtbarer Bestandteil der Kirche bzw. von Religionsgemeinschaften.

Eine historische wie länder-, konfessions- und religionsübergreifende Betrachtung⁵ zeigt, dass das religiöse Finanzwesen, eine Vielfalt von Finanzierungsformen, Ausgabeschwerpunkten, Art und Umfang von Vermögen und Governance-Strukturen seiner Verwaltung aufweist. Daher kann hier nur eine Betrachtung der deutschen Situation erfolgen mit einigen Hinweisen auf andere Länder, wobei historische Elemente⁶ unverzichtbar sind, weil das jetzige System der Kirchenfinanzierung in Deutschland seine Wurzeln im Jahr 1803 hat.

Da für gläubige Menschen Religion etwas Existentielles darstellt, sind sie bereit, größeres Anteile ihres Einkommens bzw. Vermögens dafür aufzuwenden (freikirchliche evangelische/evangelikale Gemeinden in Deutschland verlangen den klassischen Zehnten, während Kirchensteuerzahler der Großkirchen ca. 3% ihres steuerpflichtigen Einkommens dafür bereitstellen.) Das Reformationsjubiläum 2017 hat nochmals in Erinnerung (Ablasshandel) gerufen, dass Religion etwas mit Geschäftemacherei bzw. Ausbeutung von Gläubigen durch Religionsführer zu tun haben kann. Dies soll z. B. bei Scientology sowie bei bestimmten evangelikalen Großkirchen bzw. Pfingstkirchen sowohl in den USA als auch in Dritt-Welt-Ländern gegenwärtig eine Rolle spielen.

Wenn man aus wirtschaftsethischer Sicht das kirchliche Finanzwesen betrachten will, stellt sich die Frage, welche normativen Kriterien man heranzieht. Da die katholische Kirche, die Maßstäbe, die sie an die Gesellschaft richtet, um der eigenen Glaubwürdigkeit willen auch als Selbstverpflichtung ansieht, liegt es nahe, diese Kriterien anzulegen. Dies betonte die Weltbischofssynode 1971 in ihrem Dokument über „Gerechtigkeit in der Welt von heute“: „Weiß die Kirche sich verpflichtet, Zeugnis zu geben für die Gerechtigkeit, dann weiß sie auch und anerkennt, daß, wer immer sich anmaßt, den Menschen von Gerechtigkeit zu reden, an allererster Stelle selbst vor ihren Augen gerecht sein muß. Darum ist unser eigenes Verhalten, unser Besitz und unser Lebensstil in der Kirche einer genauen Prüfung zu unterziehen“ (Nr. 41).⁷ „Erneut dringen wir darauf, daß Laien mehr Verantwortung hinsichtlich des Kirchlichen Vermögens und Anteil an dessen Verwaltung haben sollen“ (Nr. 42). In dem ökumenischen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 heißt es: „Die Kirchen sind als Arbeitgeber, Eigentümer von Geld- und Grundvermögen, Bauherr und Betreiber von Einrichtungen und Häusern auch wirtschaftlich Handelnde. Sie können nicht Maßstäbe des wirt-

⁵ Vgl. dazu einige Beispiele in: Abmeier (2016).

⁶ Vgl. Gatz (2000).

⁷ Vgl. Weltbischofssynode, Gerechtigkeit in der Welt von heute, 1971.(vgl. auch Nr. 48 u. 49).

schaftlichen Handelns formulieren und öffentlichen vertreten, ohne sie auch an sich selbst und das eigene wirtschaftliche Handeln anzulegen“ (Nr. 244).

Weiterhin stellt sich die Frage, ob sich innerhalb der Privatwirtschaft bzw. des staatlichen Finanzwesens Kriterien (Transparenz, Detailgrad der offenen Rechnungslegung und Partizipation der Steuerzahler) gibt, die innerhalb des kirchlichen Finanzwesens nicht oder nur eingeschränkt beachtet werden, die aber auch für das kirchliche Finanzwesen heranzuziehen sind.

Das kirchliche Finanzwesen wird im Folgenden hinsichtlich der Einnahmen, der Ausgaben, des Vermögens und der Entscheidungsprozesse betrachtet. Dabei gibt es die Schwierigkeit, dass es allein im katholischen Raum in Deutschland grob geschätzt mehr als 30.000 unabhängige Rechtsträger gibt, die jeweils einen eigenen Haushalt aufstellen und eine eigene Vermögensverwaltung haben. Dies gilt etwa für 10.280 Pfarrgemeinden (2016), die große Zahl kirchlicher Stiftungen, Einrichtungen der Caritas in Privatrechtsform (eGmbH, Vereine). Zusätzlich gibt es hinsichtlich des Finanzgebarens der Orden verschiedene Typen⁸, die von erfolgreich unternehmerisch Tätigen (Benediktine Brauereien wie Kloster Andechs) bis zu Bettelorden (Franziskaner) reichen. Ordensgemeinschaften müssen sich selbst finanzieren. Wenn Ordensangehörige für Diözesen tätig sind, erhalten die Orden 2018 nach bundeseinheitlichen Sätzen Entgelte in vier Qualifikationsstufen zwischen 37.000 Euro (ungelernt) und 69.000 Euro (Diplom- oder Masterabschluss) im Jahr. Die bundeseinheitlichen Richtlinien sollen verhindern, dass finanzstarke Bistümer durch das Angebot höherer Entgelte mehr Ordensleute beschäftigen. In diesem System kirchlicher Leiharbeit kann eine Diözese – wie ein Wirtschaftsunternehmen – zur Kostensenkung den Gestellungsvertrag beenden, was z. B. in diözesanen Finanzkrisen um 2005 die Diözesen Essen und Berlin getan haben. Orden müssen eine lebenslange Sicherung des Unterhalts und die soziale Absicherung (Krankenversicherung, Alterssicherung und Pflege) ihrer Angehörigen gewährleisten. Da viele Orden „päpstlichen Rechts“ sind, unterstehen sie nicht dem jeweiligen Ortsbischof, sondern unmittelbar dem Vatikan, so dass der Bischof z. B. ihre Finanzlage nicht prüfen lassen kann, bei Misswirtschaft eines Ordens (Deutscher Orden 2000), aber auf Grund des Drucks der öffentlichen Meinung doch dafür haften muss, weil unabhängig von der Rechtslage die mehr als 30.000 unabhängigen kirchlichen Vermögensträger als „Konzernverbund“ angesehen werden.

Die größten Haushalte und Vermögen haben unter den kirchlichen Rechtsträgern die Bistümer, die mit den meisten anderen durch Zuweisungen/Anteile in finanziellen Beziehungen stehen. Es besteht kein Gesamthaushalt noch eine Gesamtbilanz der deutschen katholischen Kirche. Es gibt Stimmen, die „Konzernbilanzen“ bzw. eine „konsolidierte Gesamtbilanz“ von den Kirchen fordern, während andere dies strikt ablehnen⁹. Es könnte hier gewisse Analogien zur Privatwirtschaft vorhanden sein, da der „Konzernchef“ (Bischof) wie bei Konzerntöchtern (Pfarrereien) diese schließen bzw. fusionieren kann. Konzernchefs müssen für solche Entscheidungen üblicherweise den Aufsichtsrat fragen, der Bischof den Priesterrat anhören.

Da die katholische Kirche rund 800 000 Beschäftigte (tatsächliche Zahl, nicht umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte) in Deutschland hat, ist sie also außerhalb der Staaten der größte Arbeitgeber innerhalb der Europäischen Union (zum Vergleich Volkswagen 600.000 Beschäftigte weltweit). Wenn man mit rund 40.000 Euro Personalkosten pro Jahr kalkuliert, kommt man auf rund 32 Mrd. kirchlicher Personalkosten pro Jahr. Selbst wenn die Beschäftigten eine Vielzahl kirchlicher Anstellungsträger haben, gibt es mit dem kirchlichen Arbeitsrecht für Beschäftigungsverhältnisse eine gemeinsame Grundlage, weil alle Rechtsträger, die sich als katholisch bezeichnen wollen, verpflichtet sind, das kirchliche Arbeitsrecht anzuwenden. Nicht zum Kreis des kirchlichen Arbeitsrechts gehören privat-

⁸ Vgl. Rieger (2010).

⁹ Dafür Kirchhof 2013, S. 10f., 34 dagegen Wumm (2015), S. 25-27).

rechtliche Unternehmen wie die mit der Kirche verbundenen Genossenschaftsbanken. Dort werden die im Bankenwesen gegenüber den an den öffentlichen Dienst angelehnten kirchlichen Tarifen vergleichsweise höhere Tarifgehälter gezahlt und es kann dort freiwillig Betriebsräte geben statt der obligatorischen Mitarbeitervertretungen. Diese haben im Gegensatz zu Betriebsräten weitergehende Rechte, weil sie einer längeren Beschäftigung von Leiharbeitern zustimmen müssen, während es in der Privatwirtschaft als nicht mitbestimmungspflichtige unternehmerische Entscheidung gilt, ob Leiharbeiter beschäftigt, Werkvertragsarbeitnehmer verpflichtet oder Betriebsteile auf unternehmenseigene Zweigbetriebe outgesourct werden. Arbeitnehmermitbestimmung in Aufsichtsräten gibt es in größeren kirchlichen Unternehmen (Krankenhausverbünden) mit mehr als 2.000 Mitarbeitern nicht. Für die katholische Kirche besteht ein erheblicher Fachkräftemangel, vor allem in der Gemeindepastoral (auch Laienmitarbeiter nicht nur zölibatäre Priester).¹⁰

Wenn man die Kirche aus ökonomischer Perspektive betrachtet, muss man zunächst nach dem Charakter des Gutes bzw. der Güter fragen, die angeboten werden, weil in der Regel in der Ökonomie mit der Art des Gutes auch das Finanzierungsverfahren zusammenhängt. Wenn man zwischen öffentlichen Gütern, Kollektiv-(Club)-Gütern und individuellen Gütern unterscheidet, finden sich zwar alle drei Güterarten, weil kirchliche Beiträge zur gesellschaftlichen Willensbildung und öffentlichen Wettbewerbsein und die Förderung von Sozialkapital als öffentliches Gut¹¹ angesehen werden könnten, die einzelnen Kirchengemeinden mit ihrem Gottesdienst als Club-Gut sowie spezielle Sakramente (Eucharistiefeier für spezielle Anliegen, Taufe, Trauung, Beerdigung) als individuelle Güter.¹² Da Gemeinden eine zentrale Funktion innerhalb des kirchlichen Lebens einnehmen, dürfte die Clubguteigenschaft¹³ dominieren. Clubs finanzieren sich üblicherweise durch Beiträge ihrer Mitglieder, bei privaten Gütern gibt es individuelle Zahlungen (Messstipendium für einen verstorbenen Angehörigen), bei öffentlichen Gütern eine Finanzierung über öffentliche Haushalte aus Steuermitteln.

Die lange in der Ökonomie vorherrschende Theorie in Form der Neoklassik hat in ihrer Analyse weitgehend von kulturellen und historischen Entwicklungen abstrahiert, womit sie sich grundlegend von dem Konzept von Adam Smith unterscheidet. Smith übt im „Wohlstand der Nationen“ erhebliche Kritik an der katholischen Kirche ohne sich allerdings wie sein Freund Hume generell¹⁴ eine religionskritische Haltung einzunehmen. Mit der Neuen Institutionenökonomik (z. B. D. North) werden in den letzten Jahrzehnten wieder historische Dimensionen und kulturelle Faktoren in die ökonomische Betrachtung einbezogen.

Während Luther die Regelungen der äußeren Kirchenangelegenheiten den Fürsten übertragen hatte, so dass die entsprechenden Kultusministerien die Kirchenangelegenheiten regelten (z. B. Einführung eines neuen evangelischen Gesangbuchs bestimmten), verfügten katholische Kirchenführer (Bischöfe, Reichsäbte) bis 1803 selbst über politische und ökonomische Macht. Die in der Aufklärung verbreitete Kritik an der katholischen Kirche kann in einer gewissen Analogie zur heutigen Sicht auf einen fundamentalistischen Islam in liberal-demokratischen Gesellschaften angesehen werden. Aus dieser Sicht galt es daher die Kirche politisch zu entmachten (Deputationshauptschluss 1803), sie ihrer finanziellen Grundlagen zu berauben, um sie in durch finanzielle Abhängigkeit vom Staat politisch kontrollieren zu können. So bedingten sich die deutschen Staaten in Konkordaten, dass ein katholischer Bischof, Domkapitular, Pfarrer usw. deutscher Staatsangehöriger sein muss, ein deutsches

¹⁰ Vgl. Wiemeyer (2016).

¹¹ Aus liberaler ökonomischer Sicht könnte z.B. die Wirtschaftskritik von Papst Franziskus auch als „Ungut“ angesehen werden. Vgl. dazu Wiemeyer (2018). US-amerikanische Millionäre haben hohe Spendenzusagen für Kirchenrenovierungen wegen der Papstäußerungen zurückgezogen.

¹² Ausführlich zur Güterfrage von Religionen allgemein: Koch (2014), S. 141ff.

¹³ Vgl. Höhener/Schaltegger (2012), S.390f.

¹⁴ Vgl. dazu Streminger (2017), S. 177-180.

Abitur haben muss und an einer staatlichen Universität studiert haben muss (die gegenwärtig zunehmend eingesetzten ausländischen Priester sind nur als Hilfsgeistliche tätig bzw. benötigen als Pfarrer ausdrücklich eine staatliche Ausnahmegenehmigung), damit diese mit aufklärerischen Gedankengut konfrontiert werden. Der Staat finanziert die Bischöfe und seine engsten Mitarbeiter (Domkapitel), hat aber ein Vetorecht bei der Bischofsnennung und verlangt einen Treueeid. Der Religionsunterricht in der Schule wird von Staatsbeamten (nicht Kirchenangestellten) erteilt, die Schulbücher unterliegen auch staatlicher Kontrolle. Die Religionslehrer haben ein zweites Fach (einer aufgeklärten, säkularen Wissenschaft) zu studieren, was nicht ohne Rückwirkung auf ihr Theologiestudium bleiben kann, ebenso wie Theologieprofessoren an Universitäten sich im Kontext anderer Disziplinen bewegen. Um eine Alleinverfügung über Haushaltsmittel durch Kleriker zu unterbinden, wurde die Kirchensteuer an eine demokratische Wahl von Vertretern durch Gemeindemitglieder und eine minimale Offenlegungspflicht gebunden. Deren Beschlüsse (Höhe der Kirchensteuer) sind wiederum staatlich genehmigungspflichtig. Ebenso setzt der Status einer „Körperschaft öffentlichen Rechts“ eine staatliche Genehmigung nach Überprüfung der Verfassungstreue voraus.¹⁵ Die einzelnen Regelungen waren zwischen Kirche und Staat immer umstritten und haben in langjährigen Konkordatsverhandlungen zu Kompromissen (kirchliche Erlaubnis für Religionslehrer und Theologieprofessoren) geführt. Ohne diese historischen Hintergründe erscheinen diese staatlichen Maßnahmen zur „Zivilisierung“ des Katholizismus als Privilegien und unzulässige Begünstigung.

In der Gegenwart hat man begonnen, im Verhältnis zum „Islam“ eine ähnliche Strategie einzuschlagen. Dies gilt bisher für die Einführung

islamischer Theologie an deutschen Universitäten und islamischen Religionsunterricht in staatlichen Schulen. Weitere Diskussionspunkte sind die Frage der Finanzierung islamischer Gemeinden aus Deutschland (statt aus Saudi-Arabien oder der Türkei) entweder aus deutschen Steuermitteln oder einer islamischen Kultsteuer¹⁶. Die Forderung nach einem deutschen Abitur, einer deutschen Staatsangehörigkeit, einem Studium der Prediger in Deutschland stellen analoge Herausforderungen dar, die die möglicherweise zu analogen Regelungen führen könnten.

Kirchenkritiker¹⁷ wie markliberale Ökonomen,¹⁸ die solche institutionellen Regelungen als Privilegien der etablierten Kirchen ansehen, verkennen, dass das Vermeiden von Religionskonflikten und Religionsfrieden eine zentrale Gemeinwohlaufgabe (öffentliches Gut) ist. In Deutschland war das historische Trauma bis zu Beginn des 1. Weltkriegs der 30jährige Krieg. Daher haben institutionelle Regelungen der gesellschaftlichen Einbettung von Religionsgemeinschaften hohe Bedeutung. In Frankreich könnte die Tradition der radikalen (vor allem auch finanziellen) Trennung von Kirche und Staat aus dem Jahr 1905 ein institutionelles Hemmnis darstellen, durch eine aktive staatliche Religionspolitik eine Integration muslimischer Zuwanderer auch durch finanzielle Anreize zu erleichtern. Die französische Staatsideologie (in Bezug auf Religion) verhindert, dass die amtliche Statistik empirische Daten über den Bildungsstand, Armutsquote, Arbeitslosenrate, Kriminalitätsentwicklung etc. unter muslimischen Zuwanderern erfasst werden. Der französische Staat macht sich damit blind, für rechtzeitige Problemidentifikation und präventives Handeln.

I. Kirchliche Einnahmen

a) Übersicht

¹⁵ Bezüglich der „Zeugen Jehovas“, die den Status beantragt hatten, gab es Konflikte, weil ihre Mitglieder keinen Wehrdienst leisten, nicht wählen gehen, „Abtrünnige“ verfolgen etc.

¹⁶ Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus Raed Salih 2015: https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article138253451/SPD-Politiker-will-Kirchensteuer-fuer-Muslime.html (Zugriff 5.1.2017).

¹⁷ Frerk (2010).

¹⁸ Eilinghoff (2004).

Einnahmenarten	KATHOLISCH	EVANGELISCH	2016
Kirchensteuer	6,15	5,45 Mrd.	
(Mitglieder	23,6 Mill.	21,9)	
(Beschäftigte	800 000	700 000)	
Staatsleistungen	217 Mill.	307 Mill.)	
Steuervergünstigungen	3,9 Mrd. zusammen (Absetzbarkeit KST.		
Staatsfinanzierung	(Religionsunterricht, Theol.Fak.)		
Sozialversicherungen	(Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenv.)		
Öffentl. Haushalte	(Kindertagesstätten, Beratungsstätten,		
	Schulen, Entwicklungshilfe)		
Nutzerentgelte	Elterngeld (Schulen/ Kitas), Altenheime		
Vermögenserträge			
Spenden			

Wenn man kirchliche Einnahmequellen in Deutschland betrachtet, lässt sich eine Vielzahl davon finden, wobei die Pflichtbeiträge der Mitglieder (Kirchensteuer) für die verfasste Kirche dominieren, was den Clubgut-Charakter unterstreicht. Gläubige können ergänzend zur ihrer allgemeinen Kirchenmitgliedschaft verschiedenen kirchlichen Vereinen (Kolping etc.) angehören und dort zusätzlich Mitgliedsbeiträge entrichten. Bei einem Gesamtaufkommen von rund 6 Mrd. ist die Höhe pro Gläubigem mit unterhalb von 300 Euro weniger als ein Euro pro Tag. Allerdings zahlen lediglich 1/3 der Kirchenmitglieder Kirchensteuer, weil die übrigen (z.B. als Kinder, Jugendliche, Rentner, Student, Niedrigverdiener, Sozialleistungsempfänger) keine Lohn- und Einkommenssteuer entrichten müssen.

Daneben gibt es unmittelbare Staatszuschüsse für die verfasste Kirche (Bistümer). Die Staatsleistungen¹⁹ machen für Evangelische und Katholische Kirche zusammen ca. 524 Mill. Euro aus. Während sie lediglich ca. 0, 97 Euro im Saarland; 1,90 Euro in NRW pro Katholik im Jahr betragen, liegen sie in Bayern und Baden-Württemberg bei 15 Euro, in Rheinland-Pfalz bei 18 Euro und an der Spitze Sachsen-Anhalt bei mehr als 73 Euro. Die Staatsleistungen an jüdische Gemeinden belaufen sich auf 100 Euro durch den Bund, teilweise 300 Euro pro Mitglied zusätzlich durch Bundesländer.

Weiterhin gibt es eine indirekte Staatsförderung durch Steuervergünstigungen (Absetzbarkeit der Kirchensteuer, Steuerfreiheit der Kirche durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit).:“ Im Einzelnen gehören dazu die folgenden Steuervergünstigungen:

- Befreiung von der Körperschaftsteuer (wie alle Körperschaften des öffentlichen Rechts) soweit es sich nicht um wirtschaftlicher Betätigung handelt;
- Erhebung von Vermögens- und Gewerbesteuer nur bei wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb, ausgenommen land- und forstwirtschaftlicher Bereich (Hotels und Brauereien werden z.B. besteuert, Alten- oder Pflegeheime dagegen nicht);
- Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie von der Grundsteuer, soweit das Geld für Zwecke der religiösen Unterweisung, der Wissenschaft, des Unterrichts, der Erziehung o. für Zwecke der eigenen Verwaltung benutzt werden;
- Erlaubnis zur Inanspruchnahme umsatzsteuerfreier Leistungen und Lieferungen (z.B. Kollekte, Kirchenchordarbietungen). Ermäßigter Steuersatz für Umsätze der kirchlichen Zweckbetriebe, Steuerbefreiung für Umsätze im Wohlfahrtsbereich (z.B. Krankenhaus)
- Steuervergünstigungen auch für Organisationen privaten Rechts der Kirchen, wenn sie ausschließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

Der Umfang dieser Steuersubventionen ist jedoch nicht exakt zu ermitteln.“²⁰

Darüber hinaus finanziert der Staat kirchliche Aktivitäten in seinen eigenen Einrichtungen (z. B. Militärseelsorge, Religionsunterricht in den Schulen, Theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten).

¹⁹ <https://fowid.de/meldung/staatsleistungen-2017-node3331>.

²⁰ Wiss. Dienst des Bundestages (2014)

Neben den direkten staatlichen Zuschüssen gibt es für die Nutzer kirchliche Einrichtungen eine Kostenerstattung aus öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen. Dies betrifft zunächst den sozialen Bereich (Caritas). Weiterhin gilt für die Zahlungen an Krankenhäuser und Altenheime für die Personen, die diese Einrichtungen nutzen. In den kostenträchtigen Bereichen der Krankenhäuser sowie der Alten- und Pflegeheime wird eine Kostendeckung des laufenden Betriebes angezielt. Die materiellen Beiträge der Kirche liegen etwa in der Bereitstellung von Grundstücken, Finanzierung von Krankenhauskapellen, der Krankenhausseelsorge etc. Weitere Zahlungen gibt es aus Bundes-, Landes- und kommunalen Haushalten für soziale Einrichtungen (Beratungsstellen, Behinderteneinrichtungen).

Der nächste Bereich betrifft den Bildungssektor, bei dem kirchliche Kindergärten, kirchliche Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, Fachhochschulen, Studentenheime sowie auch Förderungswerke (Studienförderung) Steuermittel erhalten. Bei Schulen und Kindergärten liegt der Anteil der kirchlichen Finanzmittel bei 10% bis 15% (je nach Bundesland).

Ebenso gibt es Zuschüsse für die internationale Arbeit der Kirche, etwa die Nothilfe der Caritas wie die Entwicklungszusammenarbeit kirchlicher Hilfswerke (Misereor). Dies können auch EU-Mittel sein.

Daneben gibt es Spenden der Gläubigen für spezielle kirchliche Zwecke (z. B. Baumaßnahmen ihrer Pfarrgemeinde, entwicklungspolitische Partnerschaften). Weiterhin bezahlen Gläubige für einzelne Leistungen (Messstipendien). Die Nutzer kirchlicher Einrichtungen (Alten- und Pflegeheime, Kindergärten und Schulen) zahlen häufig selbst erhebliche direkte eigene Beiträge.

(Exkurs: Nicht für die katholische Kirche in Deutschland, aber durch die deutsche Kirche gibt es die Auslandsfinanzierung, indem kirchliche Zentralen (Vatikan) bzw. Partnerkirchen im Ausland (Missio, Renovabis, Adveniat) unterstützt werden. Das Volumen der kirchlichen Auslandsarbeit in Deutschland soll sich insgesamt auf 500 Mill. Euro im Jahr belaufen.²¹)

Eine weitere Einnahmequelle besteht aus der Akkumulation kirchlicher Einnahmen aus der Vergangenheit, also von rentierlichem Vermögensbesitz (Immobilien, Unternehmensanteile, Wertpapierbesitz).

b) Ethische Bewertung verschiedener Einnahmequellen

Wenn man nun aus ethischer Perspektive die verschiedenen Einnahmeformen betrachtet, sind private Zahlungen für individuelle Güter, freiwillige Spenden und Mitgliedsbeiträge unproblematisch. In einer pluralistischen Gesellschaft mit einer Angebotsvielfalt privater, kommunaler und kirchlicher Krankenhäuser, Altenheime, ambulanter Pflegedienste etc. sind Zahlungen aus öffentlichen Kassen, welche die Bürger gleichbehandeln, wenn diese einen Rechtsanspruch (z.B. Bezahlung eines Krankenhausaufenthalts, Pflege) haben und sie die Freiheit zur Wahl einer konkreten Einrichtung genießen, legitim. Ähnliches gilt für Schulen, Kindergärten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, wenn dort Privatschulen, Kindergärten aller Art, entsprechende Zuschüsse erhalten. Bei Stipendienwerken, der Entwicklungszusammenarbeit etc. erhalten Stiftungen politischer Parteien, andere NGO's ebenfalls entsprechende staatliche Zuweisungen. Die staatlichen Zuschüsse sind auch deshalb unproblematisch, weil auch Nichtkatholiken in katholischen Krankenhäuser behandelt und in Altenheimen gepflegt werden; katholische Kindergärten und Schulen und Hochschulen besuchen und katholische Beratungsstellen (in der katholischen Schwangerenberatung <nicht Konfliktberatung, die einen era-

²¹ Auch die EKD finanziert im erheblichen Umfang den Weltkirchenrat in Genf bzw. andere Auslandsaktivitäten „Brot für die Welt“.

tungsschein ausstellt, der zur straffreien Abtreibung berechtigt> gab es 2016 mehr muslimische als katholische Ratsuchende) in Anspruch nehmen.²²

Dass sich Religionsgemeinschaften durch Beiträge ihrer Mitglieder wie andere gesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, Parteien, Vereine, Verbände) finanzieren sollten und eine Mitgliederfinanzierung ethisch einer Finanzierung durch den Staat vorzuziehen ist, dürfte unbestritten sein. Üblicherweise werden Mitgliedbeiträge von Vereinen selbst eingezogen. Dies gilt auch für die katholische Kirche in Österreich, die eine eigene Finanzverwaltung hat, um die Mitgliedsbeiträge (Kirchenbeitrag) zu erheben. Dies ist auf eine persönliche Anordnung Hitlers²³ zurückzuführen, der nach 1938 die Ablösung der Staatsfinanzierung der Kirche durch Einführung der deutschen Kirchensteuer ablehnte, um die katholische Kirche finanziell zu schwächen. In Österreich sind die Verwaltungskosten vier- bis fünfmal höher als in Deutschland bei einem geringen Aufkommen, weil der Österreichische Staat den Kirchen nicht die staatlichen Steuerlisten zur Verfügung stellt.²⁴ Daher ist in Deutschland das Aufkommen pro Katholik 2,8mal höher als in Österreich.

Rechtfertigungspflichtig ist aber der Einzug der Mitgliedsbeiträge (Kirchensteuer)²⁵ über staatliche Finanzämter. Weiterhin stellt sich die Frage nach der Legitimation der ergänzenden Finanzierung durch unmittelbare Zuschüsse des Staats für spezifisch kirchliche Zwecke (Besoldung hoher kirchlicher Amtsträger, Unterhalt von Kirchgebäuden), Finanzierung kirchlicher Aktivitäten in staatlichen Einrichtungen, sowie steuerliche Abzugsfähigkeit von Kirchensteuern und andere Vergünstigungen.

Kirchensteuern werden im weltweiten Vergleich in der Gegenwart lediglich in Deutschland und in 21 von schweizer Kantonen (²⁶ erhoben, wobei in der Schweiz auch Unternehmen in einigen Kantonen Kirchensteuer zahlen müssen, was in jüngerer Zeit durch Volksabstimmungen noch bestätigt worden ist, während in Deutschland dies untersagt ist, weil juristische Personen keine Religionszugehörigkeit haben. In der Schweiz wird die Zahlung von Kirchensteuern durch Unternehmen damit gerechtfertigt, dass Kirchen gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen. Auch dort, wo politische Mehrheiten (Polen) im Kontext der Neuordnung der Staats-Kirche-Beziehungen nach Ende des Sozialismus die Einführung einer Kirchensteuer ermöglicht hätten, hat es keine kirchlichen Bestrebungen gegeben, eine Kirchensteuer nach deutschem Vorbild einzuführen.

Die deutsche Kirchensteuer gehört damit zu den historisch gewachsenen Institutionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, die eine hohe Stabilität aufweisen, weil sie bisher eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz aufweisen, institutionell abgesichert sind (verfassungsrechtlich geschützt Art. 140 GG) sowie grundlegende Änderungen erhebliche Umstellungs- und Anpassungskosten verursachen. Nach der Enteignung des Kirchenvermögens 1803 hatten sich die deutschen Staaten verpflichtet die Geistlichen sowie die Gebäude (Kirchen) aus staatlichen Haushaltsmitteln zu finanzieren. Dies erfolgte aus kirchlicher Sicht nur unzureichend. Um sich der Last der Kirchenfinanzierung aus dem Staatshaushalt

²² Problematisch ist allerdings, wenn stabile politische Mehrheiten (CDU) im kommunalen Bereich sämtliche sozialen Einrichtungen in der Region einem katholischen Träger überlassen, so dass z. B. 90% der Kindergartenplätze in katholischer Hand (z. B. Emsland) sind. Dies hat zur Folge, dass weder für die Nutzer (Eltern) noch Beschäftigte (Erzieherinnen) im engen Umkreis eine Wahlfreiheit besteht. 2017 wurde dies durch eine Bürgerbefragung in Meppen für einen zusätzlichen neuen Kindergarten basisdemokratisch beschlossen, weil sich über 50% der Bevölkerung für einen katholischen Träger (statt eines Wohlfahrtsverbandes oder der Stadt) aussprachen.

²³ Hitler wurde vom Finanzamt München seit 1934 nicht mehr besteuert, hat also ohne formellen Kirchenaustritt seither keine Kirchensteuer mehr bezahlt. Vgl. Hartmann/Holtkamp (2015), S. 68.

²⁴ Vgl. Hartmann / Holtkamp (2015), S. 118ff.

²⁵ Vgl. zur historischen Genese der deutschen Kirchensteuer und zum internationalen Vergleich verschiedener Systeme der Kirchenfinanzierung: Marré (2006).

²⁶ Vgl. Kosch (2016).

zu entziehen, bot im Laufe des 19. Jh. deutsche Ländern den Kirchen an, sich durch die Besteuerung ihrer Mitglieder zu finanzieren. Dies wurde in der katholischen Kirche zunächst aus zwei Gründen abgelehnt: Erstens behielt der Staat das enteignete Kirchenvermögen, entzog sich aber damit der damit verbundenen Zahlungsverpflichtung. Zweitens wurde die Kirchensteuer mit einer Mitbestimmung der Kirchensteuerzahler verbunden. Dies stellte eine Einflussminderung des Klerus dar. Man konnte weiterhin damals noch nicht absehen, dass im Laufe des 20. Jh. ein vor allem auf der Lohn- und Einkommenssteuer beruhender Steuerstaat entstand, der eine Kirchensteuer zu einer sprudelnden Einnahmequelle macht. Wegen der Kirchengaustritte und der Zuwanderung nichtchristlicher Einwanderer bleibt aber die Dynamik des Kirchensteueraufkommens hinter der staatlichen Lohn- und Einkommenssteuer seit mehr als 50 Jahren zurück. Genau wie der Einzug von Gewerkschaftsbeiträgen durch die Arbeitgeber, stellt der Kirchensteuereinzug transaktionsökonomisch die effizienteste Regelung dar.

Rechtlich ist es so, dass die Kirchen Kirchensteuer erheben dürfen, wenn sie dies wollen, sie können sie selbst einziehen (Kirchensteuer auf Einkommenssteuern in Bayern), wobei der Staat sie anhand der Daten des Finanzamtes die Kirchen über die Einkommenshöhe zu informieren hat (dazu war in den Datenschutzrichtlinien der EU eine Sonderregelung erforderlich –Art. 91 Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO v. 2016) oder beim Staat beantragen, diese für sie einzuziehen. Dass Kirchen Steuern erheben, hängt auch mit ihrem Rechtstatus in Deutschland zusammen. Trotz der 1919 in der Weimarer Reichsverfassung eingeführten Trennung von Kirche und Staat behielten die Großkirchen den Status als „Körperschaft öffentlichen Rechts“. Diese ist z. B. nicht insolvenzfähig. Gegenwärtig gehört noch eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung den beiden Großkirchen an. Dies wird sich bis ca. 2025 ändern, weil dann der Anteil an der Gesamtbevölkerung unter 50% gesunken sein dürfte. Rechtlich setzen Änderungen von Seiten der Politik eine Verfassungsänderung voraus sowie eine Aufkündigung bzw. Anpassung auf Dauer abgeschlossener völkerrechtlicher Verträge (Konkordate).

In der Finanzwissenschaft ist diese Pfadabhängigkeit bekannt unter dem Motto „alte Steuer, gute Steuer“. Gerade im steuerlichen Bereich gibt es ein enormes Beharrungsvermögen, was z. B. langanhaltende Diskussionen über die Gewerbesteuer, Anpassung von Einheitswerten bei der Grundsteuer etc. zeigen. Ebenso zeigt der „Solidaritätszuschlag“ solche Verfestigungserscheinungen. Manche Reformen erweisen sich als problematisch, wenn Gewerkekapiial- und Lohnsummensteuer abgeschafft werden, weil Unternehmen auch im Verlustfall Steuern zahlen müssen. Im internationalen Kontext der Gewinnverlagerung sagt eine Bilanz, die keine Gewinne ausweist, nichts über die wirtschaftliche und steuerliche Leistungsfähigkeit eines Unternehmens aus. Im Kontext möglicher Änderungen sei darauf verwiesen, dass Personen aus einem staatlichen Beamtenverhältnis in ein kirchliches Beamtenverhältnis und umgekehrt zu identischen Bedingungen (für Angestellte gilt Ähnliches) aufgrund Vereinbarungen von Kirche und Staat problemlos überwechseln können, so dass entweder der Staat diese Personen übernehmen kann oder bei einer Aufhebung des Körperschaftsstatus und der Kirchensteuer eine lange Übergangsfrist in Kauf genommen werden müsste. Dies ist analog von Systemwechseln in der Rentenversicherung zu betrachten, wo ebenso lange Übergangsfristen auftreten könnten. Da aus dem Kirchensteueraufkommen der Staat (2-4%) des Aufkommens eine Vergütung erhält, die höher als Kosten sind, hat das jetzige System für die Landesfinanzminister direkte finanzielle Vorteile.

Hier liegt ein generelles wirtschaftsethisches Problem (und Problem der wirtschaftspolitischen Beratung) vor, weil es in allgemein in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Vielzahl von Institutionen gibt, die aus ökonomischen Effizienzüberlegungen wie aus normativen Gesichtspunkten bei einer Neukonstruktion auf dem Reißbrett, so nicht mehr errichtet würden. Die Kosten institutioneller Er-

starrung sind dabei gegen die endgültige Abschreibung von „sunk costs“ sowie die Transaktionskosten einer Systemänderung abzuwägen – wie normativ die Bedeutung von Vertrauensschutz von Personen in die Dauerhaftigkeit bestimmter institutioneller Arrangements. In der Gegenwart würde man christliche Kirchen/Religionsgemeinschaften eher in der Zivilgesellschaft verorten und damit einer Rechtsform des Privatrechts mit einem eigenen Einzug der Mitgliedsbeiträge überlassen.

Der Status einer „Körperschaft öffentlichen Rechts“ steht jenseits der christlichen Kirchen anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften offen. So hat die „Humanistische Union“ in Nordrhein-Westfalen diesen Status erworben. Die Zahl organisierter Konfessionsloser/„Atheisten“ beläuft sich in Deutschland auf etwa 30.000 Personen. Die Humanistische Union hätte das Recht, von ihren Mitgliedern ebenfalls die Mitgliedsbeiträge über staatliche Finanzämter (gegen Kostenerstattung) einziehen zu lassen, was sie aber nicht in Anspruch nimmt.

Die Kirchensteuer ist ein Zuschlag von 9% bzw. 8 % (in Bayern und Baden-Württemberg) auf die Lohn- und Einkommenssteuer. Spitzenverdiener können einen Antrag auf Kappung (prozentuale Höchstgrenze 4%) stellen.²⁷ Damit ist die Kirchensteuer weniger progressiv als die Einkommenssteuer, was angesichts kirchlicher Forderungen nach „sozialer Gerechtigkeit“ verwundern könnte. Üblicherweise ist allerdings ein Mitgliedsbeitrag (z. B. beim ADAC) gleich hoch unabhängig von Einkommen der Mitglieder. Es wäre auch ein einkommensproportionaler Beitrag denkbar wie ein progressiver. Die jetzige Regelung beruht vor allem auf der Furcht eines Kirchenaustritts Besserverdienender. Sachlich begründen könnte man sie damit, dass Umverteilung in erster Linie Aufgabe des Staatshaushalts ist und die Kirche mit verschiedenen Spendenaktionen Möglichkeiten für zusätzliches freiwilliges Engagement einräumt.

Grundsätzlich ist dieser Hebesatz variabel und könnte jedes Jahr geändert werden, was aber nicht erfolgt, um Presseberichte zu vermeiden, damit nicht wie bei der Änderung der Abgeltungssteuer eine Welle des Kirchenaustritts folgt.²⁸ Mit ihrer Bindung an die staatliche Einkommenssteuer geht die Kirche fast jede Wertentscheidung des staatlichen Einkommenssteuergesetzgebers mit (z.B. Abschreibungsmöglichkeiten von Ost-Immobilien nach der deutschen Einheit, Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge, Senkung des Spitzensteuersatzes). Als eigene Gestaltungsmöglichkeiten bei der Bemessung der Kirchensteuer wurden gesonderte Kinderfreibeträge eingeführt, die den Kirchensteuerzahlern zugutekommen, die im staatlichen Steuerrecht Kindergeld und nicht den steuerlichen Kinderfreibetrag in Anspruch nehmen.

Bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Kirchensteuer und bei Steuervorteilen durch die Gemeinnützigkeit kirchlicher Aktivitäten im engeren religiösen Sinne (wo es keine vergleichbaren Aktivitäten anderer Träger wie im sozialen Bereich durch Rotes Kreuz etc. gibt) stellt sich die Frage, ob im Sinne des Gemeinwohls die religiösen Aktivitäten von Kirchen steuerbegünstigt sein sollten. Allerdings erbringen Kirchen auch gemeinnützige Aufgaben im Bereich der Kultur, weil ca. 50% der Kirchen unter Denkmalschutz stehen, teure Orgeln (Weltkulturerbe), Museen etc. unterhalten und Konzerte veranstaltet werden.

Nach der Deutschen Einheit wurden in den neuen Bundesländern neue Landesverfassungen erstellt. Wegen der Verdienste christlicher Gemeinden bei der friedlichen Revolution in der DDR wurden Bestimmungen in Landesverfassungen aufgenommen, z. B. Artikel 109 Abs. 1 Sachsen: „Die Bedeu-

²⁷ Vgl. Mandler (2013).

²⁸ Wer ursprünglich Abgeltungssteuer gezahlt hatte und seine Zins- und Dividendeneinnahmen nicht bei der Einkommenssteuer angab, konnte so die Zahlung von Kirchensteuern rechtswidrig reduzieren. Die Verfahrensänderung durch eine Meldung der Kirchenzugehörigkeit an Banken wird auch auf Zins- und Dividendenerträgen Kirchensteuer erhoben.

tung der Kirchen und Religionsgemeinschaften für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens wird anerkannt.“ Steuerliche Vergünstigungen sind damit Konsequenzen der verfassungsrechtlichen Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Dies gilt ebenfalls für die staatliche Finanzierung von Militärseelsorge oder dem schulischen Religionsunterricht (Art. 7 Abs. 3 GG). Da aus Kirchensteuermitteln auch Nutzer kirchlicher Einrichtungen, die nicht katholisch sind (Kindergarten, Schulen, Beratungsstellen) mitfinanziert werden, ist dies ein weiteres Argument für die steuerliche Gemeinnützigkeit.

c) Mögliche Reformansätze

. Im Sinne der 1919 eingeführten Trennung von Kirche und Staat ist es ein Verfassungsgebot die Staatsleistungen abzuschaffen. Dazu ist ein Reichs- (Bundesgesetz) erforderlich, dass dann die Grundsätze enthält nach denen die Länder ihre jeweiligen Staatsleistungen abzulösen haben (Art. 138 Weimarer Reichsverfassung in Verbindung mit Art 140 GG). Ein solches Gesetz ist weder in der Weimarer Republik noch bisher in der Bundesrepublik erfolgt. Bemerkenswert ist, dass selbst die DDR während ihrer gesamten Lebensdauer trotz ihrer religionsfeindlichen offiziellen Ideologie die verpflichtenden Staatsleistungen gezahlt hat (eingefroren auf einen Stand der 50er Jahre). Aber auch DITIP als deutscher Zweig der türkischen Religionsbehörde erhält aus deutschen Steuermitteln einen Zuschuss. Dieser wurde für 2018 gekürzt.

Da die Staatszuschüsse unmittelbar dazu dienen katholische Bischöfe und Domkapitulare entsprechend höheren Staatsbeamten zu besolden und die Zuschüsse gemäß der Erhöhung der Beamtengehälter ansteigen und weiterhin ihre Amtssitze (in Bayern) etc. zu finanzieren, erscheint eine Ablösung sinnvoll, weil für Steuerzahler ohne Konfessionszugehörigkeit nicht einsehbar ist, weshalb er mit seinen Steuermitteln kirchliche Amtsträger finanziert werden sollen. Als Höhe der Berechnung einer Ablösung wird ein Einmalbetrag bis zum 18fachen der jährlichen Zahlungen (ca. 9 Mrd. Euro) genannt. Bei kleineren Verpflichtungen ist es in Einzelfällen bereits zu einer Ablösung gekommen (z. B. Baulasten im kommunalen Bereich).

Während Gerhard Kruip²⁹ einen freiwilligen Verzicht der Kirche fordert, hat der frühere Generalvikar des Erzbistums Köln Norbert Feldhoff³⁰ vorgeschlagen, die bisherigen Staatsleistungen für Denkmalschutzzwecke (z. B. denkmalgeschützte Kirchen und Klöster) zu verwenden. In den neuen Bundesländern hat man die Erfahrung gemacht, dass sich auch Nichtgetaufte für den Erhalt von Kirchen engagieren, um das Dorfbild zu erhalten. Historische und kulturelle Gesichtspunkte spielen eine stärkere Rolle als religiöse Motive.

Wenn die These zutreffend ist, dass das Gut der Kirchen primär ein Clubgut ist, müsste die Kirchenfinanzierung schwerpunktmäßig auf der Pfarreiebene liegen. Dies könnte ein Argument für eine Rückverlagerung der Kirchensteuer auf diese Ebene sein. Das schweizer System der Konzentration der Mittel auf die lokale Ebene zeigt aber keine größeren pastoralen „Erfolge“ als in Deutschland. Eine Mittelzuteilung an die Pfarreiebene könnte dann aber Fragen der differenzierten Besoldung zwischen Pfarreien, Solidarität zwischen armen und reichen Pfarreien, Höhe der vertikalen Transfers zwischen Pfarrei und Diözese sowie Weltkirche verkomplizieren. Die unten befürwortete asymmetrische Mittelzuteilung für ärmere Gemeinden wäre wohl noch schwieriger zu erreichen.

²⁹ Kruip (2014).

³⁰ Feldhoff (2014).

Im Verhältnis zur Gesellschaft zentralen Konzilsdokument „Gaudium et Spes“ heißt es zur Stellung der katholischen Kirche in der Gesellschaft: „Doch setzt sie (d.h. die Kirche J. W.) sie ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden. Sie wird sogar auf die Ausübung von legitim erworbenen Rechten verzichten, wenn feststeht, daß durch deren Inanspruchnahme die Lauterkeit ihres Zeugnisses in Frage gestellt ist, oder, wenn veränderte Lebensverhältnisse eine andere Regelung fordern“ (Nr. 76). Diese Passage des Zweiten Vatikanischen Konzils hat dazu geführt, dass in Ländern wie Italien und Spanien die Staats-Kirche-Beziehungen (auch im Sinne einer stärken Trennung von Staat und Kirche im finanziellen Bereich) neugeregelt wurden.

In seiner Freiburger Rede anlässlich seines Deutschlandbesuchs 2011 sprach sich Papst Benedikt XVI. für eine „Entweltlichung der Kirche“ aus. „Die Säkularisierungen – sei es die Enteignung von Kirchengütern, sei es die Streichung von Privilegien oder ähnliches – bedeuteten nämlich jedes Mal eine tiefgreifende Entweltlichung der Kirche, die sich dabei gleichsam ihres weltlichen Reichtums entblößt und wieder ganz ihre weltliche Armut annimmt. Die geschichtlichen Beispiele zeigen: Das missionarische Zeugnis der entweltlichten Kirche tritt klarer zutage. Die von materiellen und politischen Lasten und Privilegien befreite Kirche kann sich besser und auf wahrhaft christliche Weise der ganzen Welt zuwenden, wirklich weltoffen sein.“³¹

Es stellt sich daher die Frage, ob ein freiwilliger Verzicht der katholischen Kirche in Deutschland nicht nur auf Staatsleistungen, sondern auch auf eine staatliche Erhebung der Kirchensteuer für sie sinnvoll wäre, weil durch eine dadurch wachsende Glaubwürdigkeit, ein stärkeres Bemühen (auch durch finanziellen Druck) um die einzelnen Getauften in den jeweiligen Gemeinden pastoral erfolgversprechend wäre. Dabei wären zwei Änderungen denkbar: Zum einen die kirchliche Selbstverwaltung der Steuererhebung und zum anderen die vollständige Änderung durch ein neues System von Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Bei einem kirchlichen Erhebungssystem würde sich bei mangelnder Zahlungsbereitschaft die Frage stellen, ob die Kirche eigene Mitglieder verklagt bzw. den Gerichtsvollzieher schickt. Heute zieht das Finanzamt die Kirchensteuern genauso wie die staatlichen Steuern notfalls zwangsweise ein.

Da es in fast allen Ländern unterschiedliche Systeme der Kirchenfinanzierung gibt, könnte dazu empirische Vergleichsstudien durchgeführt werden. Die Schwierigkeit liegt aber darin, dass historische Traditionen (in Irland und Polen war Katholizismus auch ein Widerstandsbekenntnis gegen ausländische andersgläubige Fremdherrschaft), die religiöse Konkurrenzsituation in verschiedenen Ländern, das sozio-ökonomische Entwicklungsniveau etc. das kirchliche Leben bestimmen, so dass sich eindeutige Zusammenhänge zwischen pastoralem Erfolg (wenn man als Kriterium den sonntäglichen Gottesdienstbesuch heranziehen würde) und Finanzierungssystem nicht eindeutig identifizieren lassen.

An der Ruhr-Universität Bochum wurde in den letzten zehn Jahren ein Forschungs- und Austauschprogramm mit den USA (CrossingOver), vor allem mit der Erzdiözese Chicago, durchgeführt, in dem es um eine Vielzahl von Dimensionen und Aspekten kirchlichen Lebens ging und in dem Lernprozesse für die deutsche Kirche ermöglicht werden sollten. Dabei beschäftigte sich auch ein Pastoraltheologe³² mit dem kirchlichen Finanzwesen. In den USA sind ca. 20% der Bevölkerung katholisch, aber in dem religiösen Markt bereits 10% der Bevölkerung Ex-Katholiken. In den USA müssen viele Pfarreien jede Woche 20.000 Dollar Einnahmen und mehr erzielen, um ihre laufenden Kosten zu decken. Daher spielen finanzielle Aspekte im pfarrlichen Leben eine wichtige Rolle (z.B. Bingo-Spiele, Fundraising).

³¹ https://w2.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2011/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20110925_catholics-freiburg.html.

³² Vgl. Spielberg (2012).

Die ökonomische Annahme, dass ein religiöser Markt mit intensivem Wettbewerb und mehr als 200 christliche Denominationen wie in den USA für christliche Kirchen effizienter wäre als ein Quasimonopol wie in konfessionell homogenen Ländern (Lutheraner in Skandinavien, Orthodoxe in Griechenland, Katholiken in Irland, Polen, Italien, Spanien etc.) oder ein bilaterales Monopol wie in Deutschland, scheint sich empirisch nicht zu bestätigen, weil in den USA in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang der christlichen Kirchen stattfindet.

Als der Leiter des Forschungsprojekts (Wilhelm Damberg) Kardinal George in Chicago, die zu den reichsten Diözesen der Weltkirche gezählt wurde, zu einem Deutschlandbesuch einlud, wurde das Gespräch durch den Finanzdirektor der Erzdiözese unterbrochen, der dem Kardinal mitteilte, die Diözese hätte gerade 1/3 ihres Vermögens allein an diesem Tag (Zusammenbruch Lehmann Brothers) verloren. Als Fazit seines Deutschlandbesuchs, in dem ihm eine Vielzahl von Dimensionen der deutschen Kirche vorgestellt wurden, erklärte der inzwischen verstorbene Kardinal, er wünsche sich auch ein Finanzierungssystem wie die deutsche Kirchensteuer.

Eine Umstellung des Finanzsystems würde erhebliche Risiken, nämlich zunächst deutliche Einnahmeverluste bedeuten, deren Höhe unsicher ist, so dass bei kirchlichen Beschäftigten und Mitarbeitern Einkommensverluste und Beschäftigungsverluste drohen, bei Kürzungen eher freiwillige soziale Aufwendungen betroffen sein könnten, weil rechtliche Verpflichtungen (Arbeitsverträge) Vorrang haben, z. B. vor Ausgaben für Entwicklungsprojekte. Kirchen im mitteleuropäischen Kontext mit anderen Finanzierungssystemen (z. B. Niederlande) weisen keine größere Lebendigkeit auf. Die Befürchtung ist daher, dass statt eines „Aufbruchs“ eher ein beschleunigter „Abbruch“ die Folge wäre. Es sei ergänzend darauf hingewiesen, dass ein Verzicht auf Staatsleistungen und die Erhebung der Katholischen Kirche auch die Evangelische Kirche tangieren würde und wegen des im deutschen Staats-Kirchenrecht verankerten Paritätsgedanke gleichzeitig geschehen müsste. Die Evangelische Kirche wäre härter getroffen, weil sie über geringere Einnahmen und Vermögenswerte verfügt und die Austrittszahlen bis auf ein Jahr bei der Evangelischen Kirche immer höher waren. Falls die Integration des Islams in das deutsche Staats-Kirchen-System fortschreiten würden, würde die Regelungen für die christlichen Kirchen bestehen bleiben. Auch die jüdischen Gemeinden erhalten hohe Staatszuschüsse, der türkische Islam-Verband DITIP geringe.

II. Die Mittelverwendung

Bereits in der Antike gab es eine Diskussion darüber, für welche kirchlichen Zwecke kirchliche Finanzmittel einzusetzen sind. Dabei wurde eine Vierteilung festgelegt, nämlich ein Viertel für den Bischof, ein Viertel für den Klerus, ein Viertel für die Kirchgebäude und ein Viertel für die Armen. Kirchengut, das nicht für Kirchgebäude und den Unterhalt des Klerus benötigt wurde, wurde als „Besitz der Armen“ bezeichnet.

Bis 1950 in Deutschland flossen die Kirchensteuereinnahmen – wie heute noch in der Schweiz³³ – den Pfarrgemeinden zu. Den Diözesen gelang es mit Argumenten der größeren Solidarität und Gerechtigkeit aber die Mittel von den Pfarrgemeinden auf die Diözesen zu verlagern. Damals war Ursache dafür, dass Pfarreien, deren Gebäude den Krieg unbeschadet überstanden hatten, nicht hinreichend bereit waren andere Pfarrgemeinden, die durch die Bombardierung Totalverluste erlitten hatten, zu unterstützen. Weiterhin gab es dort dringende seelsorgliche Bedürfnisse, wo z. B. in rein evangelische Gebiete eine größere Anzahl katholische Heimatvertriebene gelangt waren. Diese lebten zunächst von Sozialtransfers bzw. hatten niedrige Löhne, so dass ein Kirchensteueraufkommen kaum

³³ Vgl. Kosch (2016).

vorhanden war. Um für diese eine Seelsorge zu gewährleisten und Kirchgebäude zu errichten, waren eine solidarische Mittelumverteilung notwendig.

Während in der Schweiz ca. 85% der Mittel nach wie vor in der Pfarrei verbleiben, ist der Anteil in Deutschland bei ca. 45-50%. Daher sind hier die Ausgaben auf Diözesanebene, auf deutschlandweiter Ebene sowie weltkirchliches Engagement größer. Vor der Verlagerung der Kirchensteuer auf die Diözesanebene hat die Bistumsverwaltung im Bistum Münster 30 Mitarbeiter, in der Gegenwart ist sie auf ca. 500 gestiegen.³⁴

³⁴ Vgl. Sternberg (2017), S. 28.

Ein Bistumshaushalt am Beispiel des Bistums Essen

Aufwendungen und Erträge im Haushaltsjahr 2018 (PLAN)

Aufwendungen		Erträge	
Zuweisungen / Kostenerstattungen ¹⁾	81.879.503 €	Kirchensteuereinnahmen	197.250.500 €
Personalaufwand	94.254.643 €	Zuwendungen / Kostenerstattungen / Spenden / Kollekten ⁴⁾	41.874.836 €
Kirchensteuerverrechnung ²⁾	23.100.000 €	Verwaltungswirtschaftliche Erträge, Gebühren, Entgelte, Sonstige Erträge ⁵⁾	15.111.650 €
Hebegebühren der Finanzämter	5.875.500 €		
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ³⁾	47.601.539 €		
Abschreibungen	2.995.100 €		
		Jahresfehlbetrag	1.469.299 €
Summe	255.706.285 €		255.706.285 €

¹⁾ hpts. Schlüssel- und Investitionszuweisungen an Kirchengemeinden, Zuweisungen an KiTa-Zweckverband, Caritas, Kath. Erwachsenen- und Familienbildung

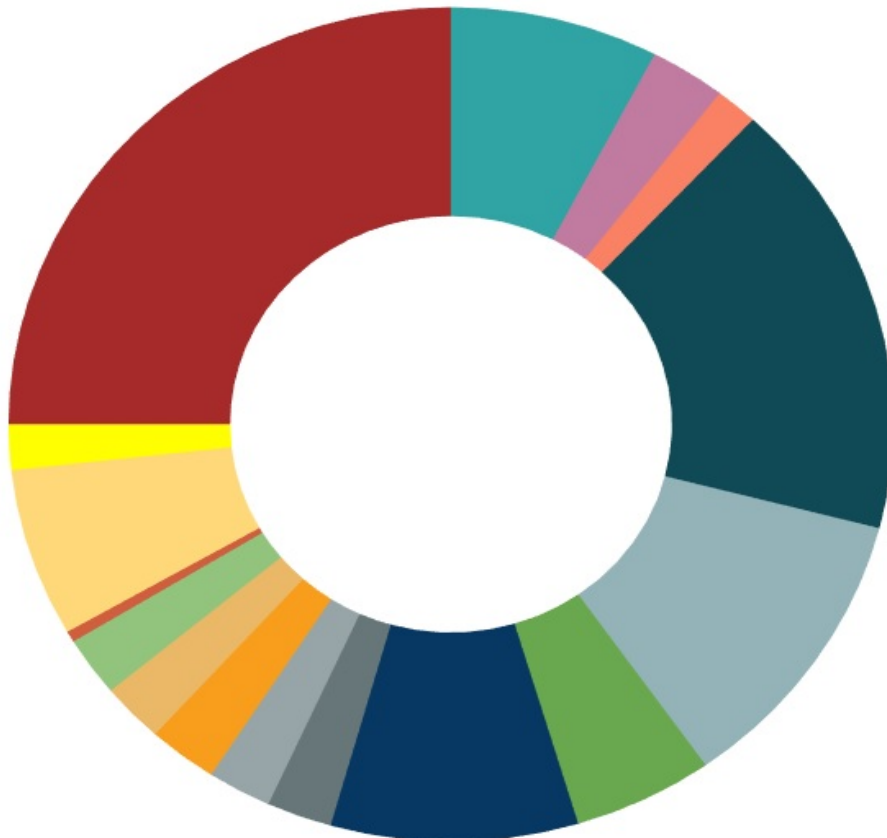
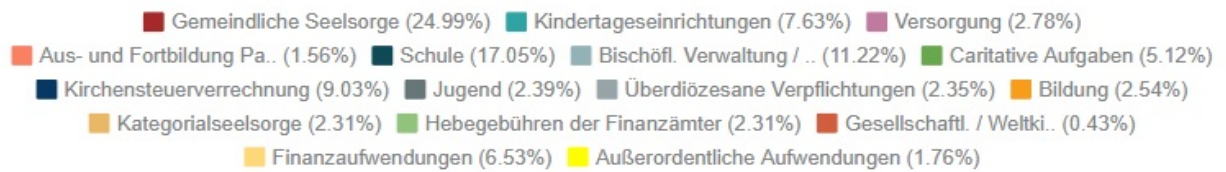
²⁾ Die vom Arbeitgeber einbehaltene und an das für ihn zuständige Finanzamt abgeführte Kirchenlohnsteuer steht der Diözese zu, in deren Bereich der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat. Wohnsitz und Arbeitsplatz können in derselben, aber auch in verschiedenen Diözesen liegen. In diesem Fall erfolgt der Ausgleich zwischen den Diözesen mittels des sog. Kirchenlohnsteuer-Verrechnungsverfahrens (Clearing). Ebenfalls erfolgt eine Verrechnung der Kircheneinkommensteuer aus Grenzfinanzämtern an Nachbardiözesen.

³⁾ u. a. Aufwendungen für Bauunterhaltung (Instandhaltung von Bistumsgebäuden), Energie, Kommunikation, IT-Service, Versicherungen, Zinsaufwendungen, Außerordentliche Aufwendungen

⁴⁾ hpts. Zuwendungen nach dem Schulgesetz NRW, Versorgungsverpflichtungen des Versorgungs-Fonds Bistum Essen e.V., Landesbeihilfe zur Pfarrbesoldung

⁵⁾ u. a. Erträge aus dem Betrieb von Bildungs- und Tagungshäusern, Kantinenbetrieb, Mieten, Pachten, Zinserträge, Außerordentliche Erträge

Aufwendungen im Haushalt 2018 (Plan) in Mio. €



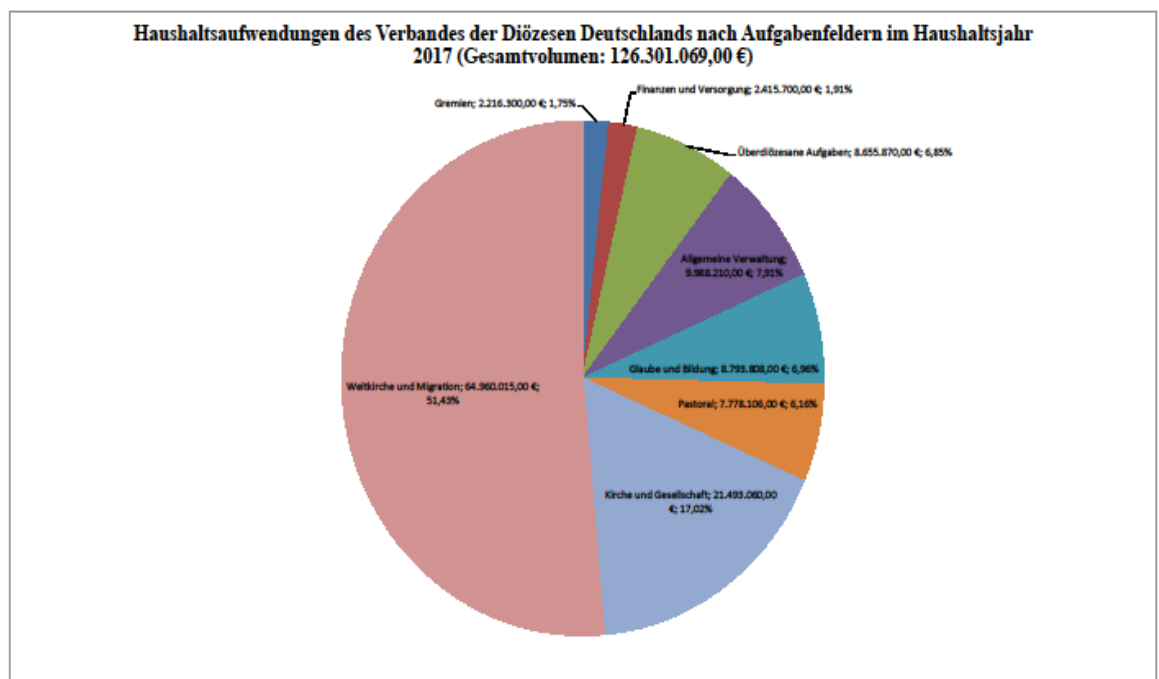
In dem zentralen Haushalt des Bistums ist der Hauptausgabenposten die Pfarrseelsorge, zum einen die Finanzierung des hauptamtlichen Seelsorgepersonals durch die Diözese, zum anderen Schlüsselzuweisungen für laufende Ausgaben (z. B. Energiekosten) und Bistumsanteile an Investitionen (Renovierungen und Neubauten). Weitere Ausgabenposten sind die spezielle Seelsorge in Krankenhäusern, Hochschulgemeinden etc. Da in vielen Diözesen sich größere Gruppen Migranten befinden, werden Gemeinden von Ausländern nach Sprachgruppen finanziert. Zwar sind ausländische Katholiken grundsätzlich auch verpflichtet Kirchensteuer zu zahlen. Wenn es sich aber um Gemeinden z. B. von Afrikanern handelt, die häufig Asylbewerber sind und auf ihren Asylbescheid oder ihre Ausweisung warten, kommen keine eigenen Einnahmen zustande, so dass de facto die deutschen Kirchensteuerzahler diese Gemeinden finanzieren. In vielen Bistümern sind 20-30% der Katholiken Migranten (Hamburg, Essen).

Weitere größere Ausgabenbereiche sind Kindergärten, katholische Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Hinzukommt der soziale Bereich, der im Diözesancaritasverband zusammengeschlossen ist. Dazu zählen Beratungsstellen z. B. für Ehe-, Familien- und Erziehungsberatung. Ein großer Ausgabenposten sind Kindergärten, bei denen ca. 10% der Ausgaben aus Kirchensteuermitteln

übernommen werden. Die Ersparnisse für kommunale Haushalte sind höher, weil Kirchengemeinden für ihre Kindergärten durch Spenden, ehrenamtliches Engagement, Elterninitiativen eher Mittel akquirieren können als entsprechende kommunale Einrichtungen. Außerdem gibt es bei Baumaßnahmen eine Mitfinanzierung aus Kirchensteuermitteln.

Aus den Diözesanhaushalten fließen Mittel zum Verband der Diözesen (Rechtsträger deutscher Bischofskonferenz) zur Finanzierung überdiözesaner Ausgaben, z. B. Weiterleitung kirchlicher Zuschüsse an kirchlicher Hilfswerke, aber auch zur Finanzierung bundesweiter kirchlicher Vereine (Bundesgeschäftsstellen, ZDK). Die auf zentraler Ebene ausgegebenen Mittel betragen lediglich 2,5% des Kirchensteueraufkommens und sind geringer als die Vermögenserträge vieler Bistümer.

Manche finanzstarken Diözesen betreiben eine eigene „Kirchenaußenpolitik“, indem sie Partnerbistümer³⁵ in der Dritten Welt unterstützen.



Die Pfarrgemeinden erhalten Schlüsselzuweisungen nach Anzahl der Gemeindemitglieder sowie der zu unterhaltenden Gebäudesubstanz. Die soziale Struktur der Gemeinden spielt dabei allerdings keine Rolle, obwohl es Pfarreien mit gutsituierten Mitgliedern leichter fällt, mit Spendenaktionen und anderen Aktivitäten (Basaren), gemeindeeigene Mittel aufzutreiben. Im Sinne der „Option für die

³⁵ z.B. die Diözese Münster, die die Kirchenprovinz Tamale im Norden Ghana unterstützt.

Armen“ wäre es sinnvoll, wenn Pfarreien mit schwierigen sozialen Status höhere Mittel zugeteilt würden, z. B. um Sozialarbeit als Gemeinwesenarbeit zu betreiben oder z. B. durch zusätzliche Kräfte im Kindergarten bei Ausländerkindern spezielle Sprachförderung zu betreiben, kostenlose Mahlzeiten anzubieten etc.

Da gemeindeeigene Mittel, die aus Vermögensanlagen entstammen, häufig zu 70% durch Kürzung der Mittelzuweisungen der Diözese abgeschöpft werden, gibt es keinen großen Anreiz in den Pfarreien sich gezielt um zusätzliches Vermögen zu bemühen. In jüngster Zeit werden zunehmend unabhängige Stiftungen eingerichtet. Dies ist nicht unproblematisch, denn bei dauerhaften Stiftungen kann im Zeitablauf der Stiftungszweck nicht mehr sinnvoll erfüllt werden.

Aus ethischer Hinsicht stellt sich bei der Mittelverwendung die formale Frage, wer über die Mittelverwendung entscheidet. Inhaltlich besteht die Problematik, wie die richtigen Schwerpunktsetzungen aussehen. Wie sind etwa Ausgaben für Kunst und Kultur (z. B. Orgel für Kirchenmusik) gegenüber sozialen Zwecken oder weltkirchlichen Anliegen zu gewichten. Vom Selbstanspruch der Kirche, dass Finanzmittel vor allem den Armen zugutekommen sollten, stellt sich die Frage, ob nicht administrative Ausgaben zu hoch bemessen sind.

III. Kirchliche Rechnungslegung und Vermögensanlagen

Vor der Enteignung des Kirchenvermögens 1803 spielte kirchliches Grundvermögen zur Finanzierung kirchlicher Aktivitäten eine bedeutsame Rolle. In manchen Gegenden Deutschland war bis zu einem Drittel der Landfläche im Eigentum verschiedener kirchlicher Träger (Orden, Pfarreien, Domkapitel, Stiftungen, Bischöfe etc.). Auf Grund sprudelnder Kirchensteuereinnahmen, einer hohen Rücklagenbildung, Zuwendungen (Erbschaften) spielt – nach Bistümern unterschiedlich – eine wachsende Vermögensbildung eine bedeutsame Rolle. Dabei geht es nicht für unmittelbar kirchliche Zwecke genutztes Vermögen (Kirchen, Pfarrheime, Kindergärten, Krankenhäuser etc.), sondern Erwerbsvermögen wie landwirtschaftliche Pachtflächen, Mietwohnungen, Geschäftshäuser (z. B. Verkaufsflächen in exklusiven Innenstadtlagen), Kapitalmarktanlagen in Aktien und festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen an gewinnorientierten Unternehmen und anderen Renditeobjekten.

Bei der Rechnungslegung gab es zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft lange Jahrzehnte in Deutschland zwei unterschiedliche Verfahren. Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) legte jährlich einen Haushaltsplan vor, in dem die Einnahmen, Ausgaben, die Kreditaufnahmen etc. ausgewiesen wurden (Kameralistik). Ergänzt wurden diese Informationen jeweils über Stellenpläne, in dem die Planstellen nach Anzahl und Höhe der Dotierung ausgewiesen wurden. Zur staatlichen Haushaltspolitik gehört eine mittelfristige Finanzplanung (fünf Jahre), damit die zukünftige Ausgabenentwicklung absehbar war. Bei den öffentlichen Haushalten wurde häufig unterschieden zwischen laufenden Ausgaben und einem Investitionshaushalt. Dabei sollten die laufenden Ausgaben voll durch Einnahmen gedeckt sein während ein Teil des Investitionshaushalts auch durch Kreditaufnahme finanziert werden durfte, weil der Nutzen einer Investition ja auch zukünftigen Steuerzahlern zugutekommt, so dass diese berechtigterweise zur Finanzierung herangezogen wurden. Der Bund bedient sich in der Gegenwart immer noch dieses Verfahrens. Auch die Kirchen hatten lange Zeit entsprechende Haushaltspläne, die aber in den meisten Diözesen weder in Amtsblättern veröffentlicht, noch etwa in Diözesanbibliotheken öffentlich zugänglich waren, sondern nur für den internen Dienstgebrauch bestimmt waren. Es wurden nur grobe Übersichten auf ein oder zwei Seiten veröffentlicht, die lediglich Zusammenfassungen von Millionenbeträgen enthielten. Nur das Erzbistum Freiburg legte z.B. schon längere Zeit einen detaillierten Haushaltsplan offen, in dem auch ein Stellenplan vorhanden war, so dass u.a. auch die Gehaltshöhe des Erzbischofs zu ermitteln war.

In der Schweiz werden der Haushaltsentwurf und das Vermögen in der (meist schlecht besuchten) Gemeindeversammlung offengelegt. Dort wird auch der Haushaltsplan beschlossen. Jedes Gemeindeglied kann aber auch im Internet den Haushaltsplan und die Vermögensaufstellung finden.

Im öffentlichen Bereich gibt es seit Mitte der 80er Jahre neuere Steuerungsmodelle, die sich auch auf den Haushalt auswirken, in dem kleinteilige Haushaltspositionen zusammengefasst und für strategische Ziele einzelnen Abteilungen städtischer Verwaltungen Budgets vorgegeben werden. Die Erzdiözese Köln hat seit einigen Jahren ein entsprechend aufgebautes Budget. Damit soll die Festlegung von gegenseitiger Deckung von Haushaltstitel, Nachtragshaushalte, das Dezember-Fieber durch Übertragung von Haushaltsmitteln ins nächste Jahr etc. entfallen können und eine zielgerichtete politische Entscheidung möglich werden. Die öffentliche Rechnungslegung wurde zudem ergänzt durch die kaufmännische Buchführung. Gegenüber der staatlichen Rechnungsführung hat sie den Vorteil, dass dort Vermögenswerte durch Investitionen und Käufe erfasst, aber auch wertmäßig jedes Jahr abgeschrieben werden. Das Bistum Münster legt 2018 erstmals keinen Haushalt nach Kameralistik mehr vor.

In einer kaufmännischen Rechnungslegung wird sichtbar, wenn Neu- und Erhaltungsinvestitionen unterhalb der Abschreibungsrate liegen und damit ein Wertverzehr vorliegt. Indem bei Beamten Pensionsansprüche berücksichtigt werden, kann eine kurzsichtige Entscheidungsfindung politischer Entscheidungsträger vermieden werden, weil bei der Neueinrichtung von Planstellen Beamtenstellen kurzfristig kostengünstiger erschienen, da bei Angestellten die Arbeitgeberanteile zur Alterssicherung sofort anfallen, während bei Beamtenstellen Pensionszahlungen in ferner Zukunft auftreten. Wenn es keinen Fonds für kapitalgedeckte Alterssicherung gibt, könnte die politische Entscheidungsstruktur verzerrt sein.

Als im Kontext des Limburger Bischofshauses ein erheblicher öffentlicher Druck auftrat, sahen sich die Bistümer gezwungen, ihre Vermögenslage offenzulegen. Man entschloss sich kaufmännische Bilanzen der kirchlichen Rechtsträger auf Diözesanebene (Bistum, Bischöflicher Stuhl, Domkapitel) vorzulegen und diese von Wirtschaftsprüfern prüfen zu lassen. Dabei mussten häufig Einzelpositionen (Grundstücke, Gebäude) erstmals bewertet werden. Über die Vorlage dieser Bilanzen wird regelmäßig auch in den Medien berichtet.

Dabei ist innerhalb der Kirche wie in der medialen Öffentlichkeit aber nicht deutlich, dass die Aufstellung einer Bilanz interessensbedingt ist, man an einem Tag für ein identisches Unternehmen zwei völlig unterschiedliche Bilanzen aufstellen kann, wenn die eine Bilanz z.B. für das Finanzamt zur Zahlung der Erbschaftssteuer und die andere Bilanz für einen potentiellen Kaufinteressenten bestimmt ist.

Wie groß die Bewertungsprobleme sind, zeigt sich daran, dass üblicherweise Kirchgebäude in den Bilanzen mit einem Erinnerungsposten von einem Euro bewertet werden. Kirchgebäude bringen keinen Ertrag, sondern machen Kosten des laufenden Unterhalts und des Erhalts. Dies entspricht der Logik der New Yorker Investmentbanker: Alles was keinen Profit bringt, ist nichts wert. Wenn man aber den Wiederrichtungswert (z. B. nach einem Brand) unterstellen und die Brandversicherungswerte heranziehen würde, käme man vielleicht auf 200 Mrd. Euro.

Weil es bei den kirchlichen Bilanzen vor allem darum ging, Vermögenswerte zu verstecken und kleinzurechnen, wurde das strenge Niederstwertprinzip angewandt. Es wird nirgendwo gefragt, ob das Niederstwertprinzip für kirchliches Vermögen angemessen ist, liegt doch die Logik dieses Prinzip im Schutz von Gläubigern. Da Kirchen aber praktisch keine Kredite aufnehmen, sondern über erhebliches freiverfügbares Investitionsvermögen verfügen, gibt es ein solches Bewertungsinteresse im Sinne eines Gläubigerschutzes nicht.

Bei Rückstellungen für Pensionsansprüche wurde häufig nicht der offizielle Zinssatz der Bundesbank (4%), sondern ein geringer Zinssatz zugrunde gelegt. Dieses Verfahren macht es möglich, dass ein Bistum (Trier), dessen laufender Haushalt erhebliche Überschüsse aufweist und dessen Vermögen deutlich gestiegen ist trotzdem medial eine schlechte Finanzlage vermittelt, weil das freiverfügbare Eigenkapital gesunken ist. Tatsächlich hat man lediglich eine Umbuchung vom Eigenkapital zu Rücklagen und Rückstellungen vorgenommen. Im Rahmen der Transparenzoffensive haben nur wenige Bistümer (Ausnahme Erzbistum München-Freising) den Ort ihrer Kapitalanlagen offengelegt. In München sind es überwiegend Allianz-Fonds. Es gibt für kirchliche Finanzanlagen Empfehlungen für eine ethische Kapitalanlage.³⁶ In der Praxis gibt es größere kirchliche Vermögensbestände, die nicht nach nachhaltigen Kriterien angelegt sind. Das größte Einzelvermögen ist die KZVK, die kapitalgedeckte zusätzliche Altersversorgung für angestellte kirchliche Mitarbeiter. Sie verfügt über ein Vermögen von 18 Mrd. Euro. Sie hat wegen der Zinsentwicklung niedrigere Vermögenserträge und damit eine rechnerische Unterdeckung von rund 6 Mrd. Euro. Die laufenden Einnahmen aus Beiträgen und Vermögenserträgen überschreiten die Rentenleistungen um mehr als das Doppelte, so dass keine Probleme für die Rentenzahlungen bestehen. In ihrem Geschäftsbericht macht sie keine näheren Angaben über eine nachhaltige Investitionspolitik.

Eine Grundfrage lautet, ob die Kirche für Zwecke der Alterssicherung eine Kapitaldeckung anstreben sollte statt eines Umlageverfahrens mit einer Schwankungsreserve und einer gewissen Demografievorsorge für den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in den Ruhestand. Die Kirche geht in ihrem Selbstverständnis davon aus, dass sie bis zum Ende der Welt bestehe. Eine volle Kapitaldeckung ist nur erforderlich, wenn man den „Betrieb“ vollständig einstellt, aber noch Alterssicherungsansprüche erfüllen muss. So lange es junge Mitarbeiter gibt, kann man durch die Umlage auch die Alterssicherung finanziert. Durch den Anstieg der Zahl der Mitarbeiter bei der Caritas verbessert sich im kirchlichen Bereich – anders als in der gesetzlichen Rentenversicherung – sogar die Relation von Jungen zu alten Mitarbeitern während es in der verfassten Kirche einen leichten Rückgang gibt, der eine beschränkte Demografiereserve rechtfertigen kann. Manche Bistümer haben sich in ihrer langfristigen Hausplanung auch von Raffelhüschen mit seinem umstrittenen Konzept der Generationenbilanzen beraten lassen.

Das Bestreben kirchliches Vermögen anzuhäufen, die Höhe des Vermögens nicht in voller Höhe aufzuzeigen, Vermögenswerte auf weitgehend unbekannte Vermögensträger (Bischöflicher Stuhl) zu verlagern, war aus verschiedenen Motiven bedingt.³⁷ Erstens traten Haushaltsüberschüsse auf, weil Forderungen aus dem politischen Raum die Lohn- und Einkommenssteuer deutlich zu senken bzw. eine Verlagerung von direkten zu indirekten Steuern zu verlagern, nicht durchgeführt worden (z.B. scheiterten Steuersenkungsvorhaben der FDP in der Wahlperiode 2009-2013). Dies war in der mittelfristigen kirchlichen Ausgabenplanung aber erwartet worden. Wenn zweitens die weitaus günstigere Finanzsituation der Kirchen im Vergleich zu öffentlichen Haushalten bekannt wäre, etwa der Länder und Kommunen, hätten diese auf den Gedanken kommen können, von den Kirchen höhere Eigenanteile bei der Finanzierung von Kindergärten, Schulen etc. zu verlangen. In NRW findet eine Ungleichbehandlung freier Träger statt, weil nichtkirchliche Wohlfahrtsverbände als finanzschwach gelten und höhere Zuschüsse als kirchliche Träger (vor allem bei Kindergärten) erhalten

Weiterhin könne drittens bei kirchlichen Mitarbeiter Bestrebungen nach höheren Vergütungen bzw. einer Personalaufstockung auftreten. Darüber hinaus kann es viertens im kirchlichen Raum keine Akzeptanz für die Schließung und Umnutzung kirchlicher Einrichtungen (z. B. Kirchgebäude) geben,

³⁶ Deutsche Bischofskonferenz/ Zentralkomitee Deutscher Katholiken, Ethisch-nachhaltig investieren. Eine Orientierungshilfe für Verantwortlicher katholischer Einrichtungen in Deutschland.

https://www.dbk-shop.de/media/files_public/qrkogytgi/DBK_Orientierungshilfe.pdf

³⁷ Thomas Schüller (2016), S. 319 weist auf solche Motive hin.

selbst wenn hohe Erhaltungs- und Unterhaltungskosten faktisch in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Nutzung stehen. Bei manchen Verantwortlichen der Kirche mag fünftens auch der Gedanke eine Rolle gespielt haben, dass man langfristig damit rechnet, dass der staatliche Einzug der Kirchensteuer abgeschafft wird, weil sich politische Mehrheiten ändern, z. B. zum dem Zeitpunkt, wenn weniger als 50% der Bevölkerung christlichen Kirchen noch angehören sollten.

Gegenwärtig geht im bundesweiten Durchschnitt die Katholikenzahl um 1% im Jahr zurück. Um das kirchliche Angebot bei sinkender Mitglieder- und Kirchensteuerzahler aufrechtzuerhalten, wird ebenfalls Vermögen gebildet. Da kirchliche Ausgaben zu 70 bis 80% Personalausgaben sind, eine Fluktuation des Personals von 3-4% beträgt, kann sich durch eine flexible Anpassung der Neueinstellung an sinkende Mitgliedszahlen der Einnahmeentwicklung anpassen soweit dies nicht bereits erzwungen wird (z. B. durch geringe Priesterweihen und hohe Zahl des Eintritts in den Ruhestand).

Die regelmäßige Erwirtschaftung von Haushaltsüberschüssen, hohe Reserven, das Niedrigrechnen von Vermögenswerten weist aber eine Vielzahl von Problemen auf. In unternehmerischen Bereich gilt Schuldenfreiheit bei geringen Investitionen und Ausgaben als Ideenlosigkeit und Ausdruck von Innovationsfeindlichkeit. Man kann daher eine gewisse pastorale Ratlosigkeit konstatieren, wenn Konzeptionen dafür fehlen, wie zukunftsorientiert vorhandene Mittel ausgegeben werden könnten. Im christlichen Kontext gilt eine missionarische Kirche als eine, die nicht von Sicherheitsstreben geprägt ist ; so sagt Jesus in der Bergpredigt: „Sorgt euch nicht um morgen“ (6,34) und vertraut nicht der Anhäufung von Geld, Mt, 19-34). In vielen Kirchen der Dritten Welt werden Projekte (z. B. Bau neuer Kirchen) begonnen, selbst wenn diese noch nicht bis ins letzte ausfinanziert sind.

Die Erhebung von Kirchensteuern erfolgt auch von Kirchenmitgliedern, die relativ geringe Einkommen haben. Diese Kirchenmitglieder sind nicht in der Lage für alle denkbaren Eventualitäten (defekte Haushaltsgeräte, PKW) vorzusorgen. Sie müssen in solchen Fällen Kredite aufnehmen während Bistümer für alle Eventualitäten auf ihre Kosten vorgesorgt haben.

Bei den 30.000 kirchlichen Rechtsträgern gibt es in finanziellen Fragen häufig keine Misstrauenskultur (Vier-Augen-Prinzip), sondern eine Vertrauenskultur. Diese ermöglicht in Einzelfällen Veruntreuungen (Bistum Limburg, Bistum Eichstätt). In Strafverfahren erhalten die Täter mildernde Umstände, weil wegen unzureichende Kontrollmechanismen das Handeln der Täter ermöglicht bzw. ermuntert wurde.

Weitere ethische Probleme einer Kirchenfinanzierung aus Vermögen sind: Erstens fehlt der Mitgliederbezug, weil eine museale Kirche denkbar ist, die zwar hauptamtliches Personal und Gebäude unterhält, bei der Gläubige eher „stören“ könnten. Bei einer Mitgliederfinanzierung können Mitglieder durch Kirchenaustritt eine Kontrollfunktion ausfüllen, während bei einer Vermögensfinanzierung eine kleine Gruppe Verfügungsberechtigter (vgl. Bischof von Limburg) selbstherrlich über größere Vermögenswerte entscheiden können. Bei rentierlichen Vermögensanlagen können weiterhin Probleme auftreten, wie ethische Zielsetzungen der Kirche z. B. hinsichtlich des Umgangs mit Mitarbeitern, Beachtung von Umweltbelangen, friedens- und entwicklungspolitische Ziele, die Eigendynamik der Kapitalmärkte in Konflikt mit eigenen Rendite- und Kapitalanlageninteressen (Risikostreuung) geraten. Deutlich wurde dies insbesondere nach der Finanzkrise 2008 als die Anglikanische Kirche von England, die ihr Vermögen überwiegend im Londoner Finanzmarkt investiert hat und sich überwiegend aus dortigen Vermögenserträgen (z. B. von Hedgefonds) finanziert, sich nicht an ökumenischen Stellungnahmen beteiligen wollte, die die Fehlentwicklungen des globalen Finanzmarktes anprangern wollten.

Das aus binnenkirchlicher Sicht zentrale Argument gegen eine exzessive Vermögensbildung ist, dass nach altkirchlicher Tradition, dass Einnahmen bzw. Vermögen nicht für Bischof, Klerus, Gotteshäuser benötigt werden, sondern das Gut der Armen ist. In dieser Tradition stehend proklamiert Papst Fran-

ziskus eine „arme Kirche für die Armen“. Nun wird niemand bestreiten können, dass kirchliche Mittel nicht im Inland (Deutschland) bzw. im weltkirchlichen Zusammenhang sinnvoll für soziale Zwecke eingesetzt werden könnten. Über die kirchlichen Hilfswerke gäbe es sicherlich weitere Möglichkeiten, in Partnerkirchen weltweit Mittel sinnvoll zu verwenden.

IV. Entscheidungsverfahren

Im katholischen Raum gibt es bei den kirchlichen Finanzen weltweit geltende kirchenrechtliche Regelungen und spezielle deutsche Regelungen, die auf die staatliche Gesetzgebung zurückgehen. Damit nicht einzelne Bistümer durch unwirtschaftliches Verhalten in eine Schieflage geraten, sind größere Vermögenstransaktionen aller Diözesen weltweit in Rom genehmigungspflichtig. Die jeweilige Grenze hängt vom ökonomischen Entwicklungsstand eines Landes ab und beträgt für Deutschland fünf Millionen Euro. Um diese Grenze nicht zu überschreiten und eine römische Genehmigung nicht einholen zu müssen, wurde das Bauprojekt zum Limburger Dom in Einzelprojekte (Privatwohnung des Bischofs, Kapelle, offizielle Empfangsräume etc.) aufgeteilt.

Da ein Bischof in finanziellen Frage nicht kompetent ist, ist er nach dem Kirchenrecht verpflichtet entsprechende kompetente Personen einzusetzen und sich von diesen beraten zu lassen. Das Kirchenrecht legt besonderen Wert darauf, dass diese nicht in verwandtschaftlicher Beziehung zum Bischof stehen.

Bis zum Limburger Fall gab es in vielen deutschen Bistümern Strukturen, die von Kirchenrechtlern³⁸ kritisiert wurden, weil die Kompetenzen kumulieren waren statt das sich Gremien gegenseitig kontrollieren. So wurde dem Generalvikar, der Leiter der Diözesanverwaltung ist, zugleich das Amt des Diözesanökonomen übertragen. Über kirchliche Vermögensgeschäfte entscheidet der Diözesanvermögensverwaltungsrat, der vom Bischof ernannt wurde. Dem Vermögensverwaltungsrat gehörte der Generalvikar ebenso an wie dem Konsultorenkollegium, das ist in Deutschland das Domkapitel. Die Mitglieder des Domkapitels sind häufig zu gleich Abteilungsleiter im Generalvikariat.

So kann etwa ein Domkapitular als einer der großen Ausgabenträger des Bistums (z. B. Leiter der Schulabteilung, Seelsorgeamt) größere Ausgabenposten für den Haushalt anmelden, den Bischof über seine eigenen Haushaltsanmeldungen als Mitglied des Domkapitels beraten und im Vermögensverwaltungsrat dann über eine Investition, z. B. Kauf eines Bildungshauses entscheiden. Die Kumulation des Amtes des Generalvikars und des Diözesanökonomen und des Generalvikars ist problematisch, weil der Generalvikar Priester sein muss und damit nicht unbedingt über ökonomische Qualifikationen verfügen muss sowie im Sinne einer Macht- bzw. Funktionstrennung.

Eine durch staatliche Gesetzgebung herbeigeführte deutsche Besonderheit ist der Diözesankirchensteuerrat. Dieser beschließt formal die Höhe der Kirchensteuer, die allerdings nie geändert worden ist, weil eine Anhebung einen erhöhten Kirchenaustritt befürchten muss. Weiterhin wird über den Diözesanhaushalt entschieden. Außerdem werden Rechnungsprüfungsberichte über das vergangene Haushaltsjahr und der tatsächliche Haushaltsabschluss entgegengenommen. Ebenso wird über die Kappung von Kirchensteuern entschieden, wenn diese nicht automatisch (z. B. auf 3,5% -Bistum Osnabrück) erfolgt.

Gewählt werden die Mitglieder demokratisch durch ein indirektes Wahlverfahren, indem zunächst in den Kirchengemeinden für diese Gemeinden Kirchenvorstände gewählt werden. Diese Kirchenvorstände verschiedener Gemeinden wählen wiederum auf Dekanatsebene einen Delegierten für den Diözesankirchensteuerrat. Die überwiegende Mehrheit des Diözesankirchensteuerrates bilden die gewählten Vertreter, die häufig aus Berufen wie Bank- und Sparkassengengestellte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater kommen. Hinzu kommen gewählte Vertreter des Diözesankle-

³⁸ Vgl. Althaus (2015).

rus (Priesterrat). Ebenso kann der Bischof eine geringe Anzahl weiter Personen ernennen, was neuerdings in einigen Diözesen Frauen sind, um eine einseitige geschlechtermäßige Zusammensetzung zu korrigieren. Diese Personen sind den Gläubigen vollständig unbekannt, so dass die Behauptung von Finanzdirektoren es würde demokratisch über den Haushaltsplan entschieden, verfehlt ist, weil Politiker sich an Wahlkämpfen den Bürgern vorstellen, kein Katholik weiß, an wen er sich wegen des kirchlichen Haushalts wenden soll. Neuerdings lassen Bischöfe (so Diözese Osnabrück) den Kirchensteuerrat die Mitglieder des Vermögensverwaltungsrates vorschlagen.

Der Bischof muss als Diözesangesetzgeber den Haushaltsplan durch Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft setzen. Falls der Bischof mit den Beschlüssen nicht einverstanden ist, kann er gegen die Beschlüsse ein Veto einlegen und eine neue Beratung herbeiführen. Es gibt Diözesen, in denen sich der Bischof durch die Verfahrensregeln freiwillig selbst entmachtet hat, in dem der Kirchensteuerrat mit Zwei/Drittel-Mehrheit das Veto des Bischofs zurückweisen kann.

Eine Sonderregelung besteht im Bistum Rottenburg-Stuttgart, wo drei in anderen Diözesen sonst getrennte Gremien (Priesterrat, Pastoralrat und Katholikenrat <Vertretung der Verbände>) zusammengefasst sind und der Haushalt in einem Gremium von 132 Personen diskutiert und verabschiedet wird.³⁹ Auch wenn er generell dieses Modell positiv würdigt kritisiert Schüller⁴⁰ allerdings: „Umso unverständlicher ist daher, dass dieses Bistum bis heute keinen wirklichen Beitrag zur transparenten Darstellung der Vermögen auf Diözesanebene der Öffentlichkeit präsentieren will oder vielleicht auch kann.“

Auch innerkirchlich gibt es Debatten um Transparenz und Entscheidungsprozesse sowie über die Mittelverteilung zu verschiedenen kirchlichen Ebenen. Das Zentralkomitee Deutscher Katholiken beschloss im November 2017 dazu eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „Mit Blick auf die kirchlichen Finanzen der Diözesen fordert das ZdK eine vollständige Haushaltsklarheit und -wahrheit, die alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte einbezieht. Wir setzen uns für eine bessere Vergleichbarkeit der Rechenschaftslegung zwischen den einzelnen Diözesen auf der Grundlage gemeinsamer Standards zur Vermögensbewertung und zur Aufschlüsselung des Haushaltes ein. Auch in den Diözesen muss das in staatlichen Haushaltsordnungen vorgeschriebene Prinzip der vorherigen Bewilligung gelten, das vorsieht, keine Ausgaben zu tätigen, die nicht vorher in den verantwortlichen Gremien beschlossen wurden.“

Das ZdK fordert alle kirchlichen Einrichtungen und Organisationen auf, öffentlich Rechenschaft über ihre Finanzmittel abzulegen, auch wenn sie dazu nicht gesetzlich verpflichtet sind. Dazu gehören eine umfassende Transparenz der Entscheidungskriterien und -strukturen, der Herkunft und Verwendung der Finanzmittel und eine Offenlegung des Vermögens.“⁴¹

Fazit

Die in kirchlichen Kreisen vorhandene Distanz zum „Ökonomischen“ ist nicht angebracht, weil im kirchlichen Raum erhebliche Ressourcen verwendet werden. Vielmehr sind die eigenen Einnahmen, Ausgaben und das Vermögen transparent auszuweisen und eine sachgerechte Mittelverwendung ist zu kontrollieren. Diejenigen, welche die Mittel überwiegend aufgebracht haben, sind über aktive Informationsweitergabe (z. B. Veröffentlichungen in Pfarrbriefen) über die Haushaltszahlen und Vermögen regelmäßig zu informieren. Es ist innerkirchlich zu fragen, wie eine Mittelzuwendung, die der eigenen Selbstverpflichtung der besonderen Zuwendung zu den Armen entspricht, umzusetzen ist. Dazu ist eine stärkere Partizipation der Gläubigen notwendig.

³⁹ Vgl. Schüller (2017).

⁴⁰ Schüller (2017), S. 43.

⁴¹ Vgl. ZDK (2017).

Literaturverzeichnis:

- Abmeier, Karlies (Hg.; 2016): Geld, Gott und Glaubwürdigkeit, Paderborn 2016.
- Althaus, Rüdiger, (2015): Die Vermögensverwaltung auf diözesaner Ebene in Deutschland – oder: Impressionen einer Nichtrezeption des CIC, in: Elmar Güthoff, Stephan Haering (Hrsg.), *Ius quia iustum* (FS Pree) (Kanonistische Studien und Texte 65), Berlin 2015, 699-718.
- Eilinghoff, Christian (2004): Ökonomische Analyse der Religion. Theoretische Konzepte und rechtspolitische Empfehlungen, Frankfurt a.M.
- Feldhoff, Norbert (2004): Kirchenfinanzen in der Krise (Kirche und die Gesellschaft Nr. 315), Köln 2004.
- Feldhoff, Norbert, (2004a): Zur Zukunft der Kirchenfinanzen, in: Stimmen der Zeit, S. 363-369.
- Feldhoff, Norbert (2008): Kirche als Unternehmen, in: A. Rauscher (Hrsg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre, Berlin 2008, S. 641-653.
- Feldhoff, Norbert, Wie reich ist die Kirche in Deutschland? Zur Zukunft der Kirchenfinanzen, in: Stimmen der Zeit (2014), S. 657-666.
- Frerk, Carsten (2010): Violettbuch Kirchenfinanzen. Wie der Staat die Kirchen finanziert, Aschaffenburg 2010.
- Gatz, Erwin (Hrsg.; 2000), Die Kirchenfinanzen, (Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts – Die Katholische Kirche -, Bd. VI., Freiburg 2000.
- Hartmann, Gerhard/Holtkamp, Jürgen (2015): Die Kirche und das liebe Geld, Fakten und Hintergründe, Kevelaer.
- Höhener, Janine/Schaltegger (2012), Christoph A., Religionsökonomie: eine Übersicht, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 13. Jg., S. 387-404.
- Kirchhoff, Ferdinand (2013): Grundlage und Legitimation der deutschen Kirchenfinanzierung, Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 47, Münster S. 7-35.
- Koch, Anne (2015), Religionsökonomie. Eine Einführung, Stuttgart.
- Kosch, Daniel (2016): Akzeptanz und Nähe zu den Gläubigen durch Einzug der Steuern durch die Kirchengemeinden der Schweiz, in: Abmeier (Hrsg.); S. 179-191.
- Kruip, Gerhard: Plädoyer für den Verzicht auf Staatsdotationen für die Kirche. Um ihrer Glaubwürdigkeit willen, Herder Korrespondenz 68. Jahrgang (2014), Heft 2, S. 79-84.
- Leimkühler, Claudia (2004): Unternehmensrechnung und ihre Überwachung in kirchlichen Verwaltungen. Eine Analyse aus Sicht der Katholischen Kirche, Frankfurt.
- Mandler, Peter (2013): Zunächst vor der eigenen (kirchen-)Tür kehren? in: Wirtschaftsdienst, S. 484-487.
- Marré, Heiner (2006): Die Kirchenfinanzierung in Kirche und Staat der Gegenwart, 4. Aufl., Essen 2006.
- Meuthen, Jörg (1993): Die Kirchensteuer als Einnahmequelle von Religionsgemeinschaften. Eine finanzwissenschaftliche Analyse, Frankfurt a.M.
- Rieger, Rafael M. (2010): Unternehmerisches Engagement von Orden. Sozialethische Orientierungen für korporatives Wirtschaften, Münster.
- Rinderer, Claus (Hrsg.; 1989) Finanzwissenschaftliche Aspekte von Religionsgemeinschaften, Baden-Baden.

- Schüller, Thomas (2016): Kirchenrechtliche Perspektiven für eine transparente Vermögensverwaltung der katholischen Kirche, in: Abmeier, Karlies (Hrsg.); Geld, Gott und Glaubwürdigkeit, Paderborn, S. 309-319.
- Schüller, Thomas (2017): Das Rottenburger Modell, Synodalität schwäbisch und konkret, in: Herde Korrespondenz, 71. Jg. Heft 7, S. 41-44.
- Sternberg, Thoms (2017): Vertrauen allein reicht nicht. Die Finanzen der katholischen Kirche in Deutschland, in: Herder Korrespondenz 71 Jg., Heft 9, S. 27-91.
- Schwarz, Friedhelm (2005): Wirtschaftsimperium Kirche. Der mächtigste Konzern Deutschlands, Frankfurt/ New York.
- Spielberg, Bernhard (2012): Gott dienen mit dem Mammon? Geld als pastorales Steuerungsinstrument in Deutschland und den USA, in: Andreas Henkelmann/Matthias Sellmann (Hg.), Gemeinde unter Druck – Suchbewegungen weltkirchlichen Vergleich: Deutschland und die USA, Münster 2012, 249-292.
- Streminger, Gerhard (2017): Adam Smith, Wohlstand und Moral, München.
- Suermann, de Nocker, Thomas (2014): Mehr Transparenz über kirchliche Finanzen, Berlin 2014.
- Uhle, Arnd (Hrsg.; 2015), Kirchenfinanzen in der Diskussion, Aktuelle Fragen der Kirchenfinanzierung und der kirchlichen Vermögensverwaltung, Berlin.
- Wiemeyer, Joachim, Kirchen und religiöse Gemeinschaften, in: Wilhelm Korff u. a. (Hg.) Handbuch der Wirtschaftsethik, Gütersloh 1999, 555-573.
- Wiemeyer, Joachim, Sozialethische Überlegungen zur Krise der Kirchenfinanzen in: Althaus, Rüdiger, Klaus Lüdicke, Matthias Pulte (Hg.), Kirchenrecht und Theologie im Leben der Kirche, FS Reinhardt (BzKCIC 50), Essen 2007, 591-608.
- Wiemeyer, Joachim, Für mehr Transparenz und Mitbestimmung bei den Kirchenfinanzen in: Amosinternational 9 (2015), Heft 2, 3-9.
- Wiemeyer, Joachim, (Koordination und Konzeption): Themenheft „Kirche und Geld“, Amosinternational 9 (2015).
- Wiemeyer, Joachim (2016): Die Kirchen als Arbeitgeber: Verpflichtung und Verantwortung für die Beschäftigten, in: Abmeier, Karlies (Hg.): Geld, Gott und Glaubwürdigkeit, Paderborn, S. 295-307.
- Wiemeyer, Joachim (2017): Das Vermögen der Katholischen Kirche in Deutschland, in: Rüdiger Althaus, Judith Hahn, Matthias Pulte (Hg.) Im Dienste der Gerechtigkeit und Einheit. Festschrift für Heinrich J. F. Reinhardt zur Vollendung seines 75. Lebensjahres, Essen 2017, S. 501-516.
- Wiemeyer, Joachim (2018): Die Die Kapitalismuskritik von Papst Franziskus, erscheint in Stephan Wirz (Hg.), Der Kapitalismus – ein Feindbild für die Kirchen? Zürich/Baden-Baden (im Druck).
- Wiss. Dienste des Bundestages (2014): Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland Rahmenbedingungen, Daten, Reformoptionen.
- Wummel, Dirk, (2014) Kirchliche Finanzströme konkret. Ein exemplarischer Blick auf die Finanzen im Erzbistum Paderborn, in: Lebendiges Zeugnis 68 Jg. S. 25-33.
- ZDK (2017): Stärkung überdiözesaner Aufgaben der katholischen Kirche in Deutschland: Finanzierung langfristig absichern, Transparenz schaffen, Beteiligung ermöglichen! Beschluss der Vollversammlung am 24./ 25.11.2017.
<http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklaerungen/detail/Staerkung-ueberdioezesaner-Aufgaben-der-katholischen-Kirche-in-Deutschland-Finanzierung-langfristig-absichern-Transparenz-schaffen-Beteiligung-ermoeneglichen--2445/> (Zugriff am 10.01.2018).